

BUNDESSTIFTUNG
AUFARBEITUNG



READER

XI. STIPENDIATENKOLLOQUIUM DER BUNDESSTIFTUNG AUFARBEITUNG

28.-30. JANUAR 2016, RINGBERGHOTEL SUHL

Inhalt

Programm des Kolloquiums 2016.....	4
JESSICA BOCK	6
MARCO BRÖDEL	13
VÍCTOR MANUEL LAFUENTE	15
JOHANNES MÜHLE	18
LILITH BUDDENSIEK	23
PHILIPP SCHULTHEIS	25
TERESA TAMMER	27
FELIX PAETZEL	32
TILMAN WICKERT	38

XI. StipendiatInnenkolloquium der Bundesstiftung Aufarbeitung

BEGINN: Donnerstag, 28. Januar 2016, 14:30 Uhr
ENDE: Samstag, 30. Januar 2016, 13 Uhr
ORT: Ringberghotel in Suhl

Donnerstag, 28. Januar 2016

11:45 – 13:00	Bustransfer vom Bahnhof Suhl zum Ringberghotel und Einchecken
13:00 – 14:30	Mittagsimbiss
14:30 – 16:30	Teilnahme am Programm der Geschichtsmesse der Bundesstiftung Aufarbeitung (www.geschichtsmesse.de)
16:30 – 16:50	Kaffeepause
16:50 – 17:00	Beginn des Kolloquiums mit Begrüßung der Stipendiatinnen und Stipendiaten
17:00 – 18:00	Jessica Bock: Die ostdeutsche Frauenbewegung von 1980 bis 2000 am Beispiel der Stadt Leipzig
18:00 – 19:00	Abendessen
19:00 – 19:45	Marco Brödel: „Antifaschistische Widerstandskämpfer“ im Ministerium für Staatssicherheit. „Im Kampf bewährte Genossen“ oder Sicherheitsrisiko?
19:45 – 20:30	Victor Manuel Lafuente: Die Beziehungen zwischen der SBZ/DDR und Argentinien. Interaktion internationaler Akteure 1945-1990

Freitag, 29. Januar 2016

9:00 – 10:00	Johannes Mühle: Mobilmachung und Militarisierung. Die Vorbereitung der DDR auf den Verteidigungszustand 1970 – 1990
10:00 – 10:45	Lilith Buddensiek: „Mord und Totschlag“ oder „wirkliche Erneuerung“? Persönliche Einsicht in die Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit der ehemaligen DDR als Mittel der Diktaturaufarbeitung
10:45 – 11:15	Kaffeepause
11:15 – 12:00	Philipp Schultheiß: Opfer-/Täterdynamiken in Transitional Justice Prozessen. Ehemalige Soldat*innen der Nationalen Volksarmee (NVA) als diskursives Subjekt und Objekt der DDR-Aufarbeitung
12:00 – 13:00	Teresa Tammer: Warme Brüder zwischen kalten Kriegen. Schwule Bewegungen und Politiken im geteilten Deutschland 1970-1990

13:00 – 14:30	Mittagspause
14:30 – 15:30	Felix Paetzel: Von der "sozialistischen Persönlichkeit" zum "unternehmerischen Selbst"? Eine Wissensgeschichte des Ratgebens vor und nach dem Mauerfall.
15:30 – 16:30	Tilman Wickert: Kampf um die Köpfe - Das Amt für gesamtdeutsche Studentenfragen und die hochschulpolitische Kultur des Kalten Krieges im geteilten Berlin 1948 – 1963
16:30 – 17:00	Schlussbesprechung
18:00 – 19:30	Abendessen
19:30 – 21:00	Lesung „ ZONENFRAUEN “ mit der Autorin Sabine Michel und dem Theaterregisseur Reinhard Göber, anschließend Gespräch mit Dr. Sabine Kuder, Bundesstiftung Aufarbeitung

Samstag, 30. Januar 2016

9:30 – 12:15	Teilnahme am Programm der Geschichtsmesse der Bundesstiftung Aufarbeitung (www.geschichtsmesse.de)
12:15 – 13:00	Mittagsimbiss
13:00 – 13:30	Bustransfer zum Bahnhof Suhl

Telefonische Erreichbarkeit während des Kolloquiums

Uli Mähler: **0177 - 293 37 62**

Rigo Hopfenmüller: **0173 – 382 25 78**

Die ostdeutsche Frauenbewegung von 1980 bis 2000 am Beispiel der Stadt Leipzig

Von Jessica Bock

„Feminismus – Reizwort oder Programm?“ fragte die Evangelische Akademie Berlin-Brandenburg ihre Besucherinnen auf einer Tagung im Oktober 1982 in Ost-Berlin. Für Petra Lux und ihre zwei Freundinnen aus Leipzig stand die Antwort fest: Programm natürlich! Erleichtert, mit ihrem Unbehagen über die reale Situation von Frauen in der DDR nicht allein zu sein, und angeregt durch die vielen Diskussionen gründeten sie noch im selben Monat eine Frauengruppe und entwarfen Pläne für eine Veranstaltungsreihe mit dem Titel „Frauzentrum“. Ziel war es, Frauen aus der Vereinzelung zu holen und miteinander ins Gespräch zu bringen über Themen wie Feminismus, Sexualität, die Geschichte der Frauenbewegung oder die Frage „Wie Frauen sich den Kommunismus vorstellen“. Sie entschieden sich bewusst gegen das schützende Dach der evangelischen Kirche. Als Veranstaltungsort wählten sie das Jugendclubhaus „Jörgen Schmidtchen“, das Petra Lux damals leitete. Und sie warben öffentlich für ihr Projekt: durch Mundpropaganda, einen Aushang im Schaukasten des Clubhauses sowie eine Annonce in der Leipziger Volkszeitung. Am 13.1.1983 fand die Eröffnungsveranstaltung statt: *„Der Saal war voll. Und wir haben das Programm vorgestellt. Die Frauen waren begeistert“*, erinnert sich Katharina Marlow von der Frauengruppe. Allerdings setzte das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) dem feministischen Treiben ein frühes Ende. Der operative Vorgang „Zirkel“ und die darin vorgesehenen Zersetzungsmaßnahmen zeigten bald Wirkung. Trotz mutiger Gegenwehr der Frauengruppe löste sie sich in den Folgemonaten langsam auf.

Ein Jahr später, im Frühjahr 1984, gründete Ute Leukert, eine Freundin Petra Lux', „Frauen für den Frieden“ in Leipzig, in der sich zeitweise bis zu 15 Frauen trafen. Die Gruppe war an die Nikolaikirche Leipzig angebunden, wo sie regelmäßig in der Jugendkapelle zusammenkam. Inhaltlich fand eine leichte Verschiebung statt. Zwar blieb das Thema „Frausein in der DDR“, *„was in dieser Form überhaupt nicht durchzuhalten war“*, weiterhin präsent. Aber *„wir waren mehr an der Erziehung dran.“*, erinnert sich Ute Leukert. Die Friedensfrauen lehnten die zunehmende Militarisierung der Gesellschaft ab, die auch die Kindergärten und Schulen ergriff, und entwickelten Konzepte für eine Friedenspädagogik. Studentinnen der Theologie trugen ab 1987/88 Fragen der feministischen Theologie in die Diskussionen.

Während die Frauzentrumsgruppe 1982/83 noch allein auf weiter Flur agierte, begann sich seit Mitte der 1980er Jahre ein DDR-weites Frauenbewegungsnetzwerk zu entwickeln, an dessen Ausbau die Leipziger „Frauen für den Frieden“ aktiv beteiligt waren. So organisierten sie etwa im April 1986 das dritte bezirksübergreifende Frauengruppentreffen, mit Teilnehmerinnen aus Leipzig, Berlin, Potsdam, Dresden, Erfurt, Weimar, Eisenach, Jena und Gera. Dieses Frauenbewegungsnetzwerk in Gestalt von Frauentreffen, feministischen Werkstätten und Frauenkirchentagen beförderte eine kollektive Identität: *„Die Frauen für den Frieden haben sich auf jeden Fall als ein Teil der DDR-Frauenbewegung verstanden.“*, berichtet Ute Leukert rückblickend. Während sich die autonomen Frauengruppen DDR-weit immer stärker vernetzten, geschah dies innerhalb Leipzig nur äußerst rudimentär.

Ab Mitte der 1980er Jahre nahm die Zahl der Frauengruppen immer stärker zu. In Leipzig formierten sich 1987 unabhängig voneinander die Frauengruppen Leipzig-Grünau und der „Lila Lady Club“. Der überwiegend akademische Charakter der informellen Frauenzusammenschlüsse blieb erhalten, wie Barbara Fischer von den Lila Ladies rückblickend feststellt: *„Es waren so die Mittelklasse-Frauen, Studierende oder welche mit einem guten Job. Die Arbeiterinnen haben gefehlt.“* Mit den neuen Frauengruppen fächerte sich auch das Themenspektrum weiter auf. Zwar spielte die feministische Theologie weiterhin eine wichtige Rolle. Allerdings wandten sich die Frauen auch wieder verstärkt Themen wie Schwangerschaftsabbruch, Feminismus, Frauen in den Medien oder häuslicher Gewalt zu.

Im Gegensatz zu anderen Städten der DDR wie Berlin oder Jena gab es im Leipzig der 1980er Jahre bemerkenswerter Weise keine eigenständige Lesbengruppe. Lesbische Frauen waren lediglich vereinzelt im 1982 gegründeten Arbeitskreis Homosexualität engagiert,

bildeten dort jedoch eine Minderheit. Erst zur Jahreswende 1989/90 gründeten sich mit „Lila Pause“ und „Buntes Archiv“ zwei Lesbengruppen, die bis Ende des Jahrzehnts die politische und kulturelle Arbeit für weibliche Homosexuelle prägten.

Mit der Friedlichen Revolution im Herbst 1989 wandelte sich auch die Situation der Frauengruppen in Leipzig grundlegend. Im Zuge der Montagsdemonstrationen und des Aufkommens neuer Bürgerrechtsgruppen lösten sich bis auf die „Frauen für den Frieden“ alle Frauengruppen fast über Nacht auf. Viele Frauen suchten im Rahmen der Bürgerrechtsbewegung nach Möglichkeiten, sich aktiv und auf „größerer Bühne“ für Fraueninteressen einzusetzen. Eine dieser Frauen war die Ärztin Cornelia Matzke. Bei Zeiten trat sie dem Neuen Forum bei, wo sie jedoch bald feststellen musste: *„Auch bei uns im Neuen Forum fing es wieder so an, dass die Männer redeten und die Frauen den Kaffee kochten.“* Auf der Tagesordnung rutschte die Frauenfrage rasch unter den Punkt „Sonstiges“. Daraufhin gründete Cornelia Matzke zusammen mit anderen, darunter Petra Lux, im November 1989 die Fraueninitiative Leipzig (FIL) im Neuen Forum.

Mit Blick auf die Alters- und Sozialstruktur weist die FIL interessante Gemeinsamkeiten mit den bisherigen informellen Frauengruppen auf. Die Mehrheit der Frauen waren zum Zeitpunkt ihres Engagements ebenfalls zwischen Ende 20 und Anfang 30 Jahre alt und zu einem Großteil Mütter. Der Anteil von Akademikerinnen und Facharbeiterinnen hielt sich in etwa die Waage. Doch auch hier dominierten wieder „typischen Frauenbereiche“ wie Handel und Gesundheitswesen.

Nachdem sich die FIL einen Platz am Runden Tisch der Stadt Leipzig erstritten hatte, richtete sie dort eine Frauenkommission ein. Sie erarbeitete eine Konzeption für ein künftiges Dezernat für Frauenpolitik/Gleichstellung. Darüber hinaus verfasste die Frauenkommission einen Forderungskatalog, der u. a. die Errichtung eines Frauenkulturzentrums, eines Frauenschutzhauses und den Erhalt betrieblicher Kinderbetreuungseinrichtungen vorsah.

Zugleich beteiligte sich die FIL an der Umverteilung früherer SED-Immobilien. Aus der SED-Bezirksleitung Leipzig wurde das Haus der Demokratie, wo die FIL in die vierte Etage einzog. Mit der Erweiterung zivilgesellschaftlicher Handlungsräume verlor die Kirche mit ihren bisherigen Raum- und Kommunikationsressourcen an Bedeutung. Und auch die feministische Theologie verschwand vom Thementableau der Frauen.

Mit dem Ziel, nicht nur die totalitäre sozialistische Herrschaftsstruktur, sondern auch die patriarchalischen Machtmechanismen abzuschaffen, stellte die FIL auf der ersten genehmigten Kundgebung des Neuen Forums am 18.11.1989 offen die Machtfrage: *„Frauenfrage - keine Frage? Wir Frauen denken doch! Diese Frage ist eine zentrale Frage, muss es sein. Weil sie Macht von Grund her in Frage stellt. Macht, wie sie bis zum heutigen Tag funktioniert.“*

Die Diskussionen über das Selbstverständnis und die Ziele der FIL erfolgten in einer Zeit sich rasant vollziehender politischer Entwicklungen. Stand noch im Oktober 1989 die aktive Mitgestaltung bei der Umgestaltung der DDR hin zu einer sozialistisch-emanzipierten Gesellschaft im Mittelpunkt der Debatten, verlagerte sich mit dem Mauerfall am 9. November die Diskussion auf die Wiedervereinigung und deren geschlechtergerechte Umsetzung.

Die Schriften und Programme der FIL aus dem Zeitraum Oktober 1989 bis April 1990 dokumentieren, an welchen radikalen Reformkonzepten sie sich unter dem Eindruck der rasanten Umwälzungen von 1989/90 wagten. Sie machten, wie andere im Herbst 1989 gegründeten Fraueninitiativen auch, nicht die „typischen“ Frauenfragen zu ihrem Thema, sondern erklärten die großen gesellschaftlichen Probleme zu Frauenfragen: *„Wir streben eine ganzheitliche Betrachtung der Gesellschaft an.“*

Die FIL verstand sich einerseits als politisches Sprachrohr bzw. als eine *„politische, kulturell-soziale, parteien- und organisationsübergreifende Bewegung von Frauen der Region Leipzig.“* Andererseits war sie ein Zusammenschluss autonomer Frauengruppen und -initiativen, die unter ihrem Dach zu verschiedenen Themen selbständig theoretisch und praktisch arbeiteten. In diesen Gruppen waren Frauen aktiv, die mit den politischen Umwälzungen die Möglichkeit sahen, langgehegte Träume und Vorhaben endlich in die Tat umzuset-

zen. Zu diesen Frauen gehörte zum Beispiel Gabriele Eßbach: *„Ich war Krankenschwester im Elisabethkrankenhaus auf der inneren Frauenstation. Damit fing das alles eigentlich an. Dort habe ich immer wieder Patienten gehabt, die nach einem Suizidversuch bei uns lagen. Wenn man dann mit ihnen so ins Gespräch kam, hat sich bei etlichen davon rausgestellt, dass die von Partnergewalt betroffen gewesen sind. Und zu DDR-Zeiten gab es ja weder ein Frauenhaus noch eine andere Anlaufstelle. Über das Thema Gewalt gegen Frauen wurde überhaupt nicht gesprochen.“* Durch Besuche von Verwandten im Westen erhielt sie Kontakte und Literatur der westdeutschen Frauenhausbewegung. *„Also das Thema hat mich nie losgelassen. Und dann kam die Wende, und das war sozusagen die Chance.“* Zusammen mit vier weiteren Frauen innerhalb der FIL gründete sie die AG „Gewalt gegen Frauen“. Dort erarbeiteten sie ein Konzept für das erste autonome Frauenhaus in Leipzig. Durch Lobbyarbeit am Runden Tisch der Stadt Leipzig und später im Stadtparlament eröffnete das Frauenhaus im November 1990 seine Pforten.

In den Herbstmonaten 1990 verwirklichte die FIL zwei weitere zentrale Forderungen. Im September nahm die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt ihre Arbeit auf. Knapp vier Wochen später feierte das Frauenkulturzentrum seine Eröffnung - im früheren Klubhaus „Jörgen Schmidtchen“.

Die rasche Umsetzung vieler Kernforderungen der FIL fasste Traude Spangenberg, Mitbegründerin des Frauentechnikzentrums und der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen, so zusammen: *„Es saßen die richtigen Frauen zum richtigen Zeitpunkt an den richtigen Stellen.“* Seit ihrer Gründung erhielt die FIL vor allem aus den alten Bundesländern nicht nur Solidaritätsbekundungen, sondern auch Sach- und Geldspenden. Fachliches Know-How in der kommunalen Gleichstellungsarbeit holten sich die Leipzigerinnen von der Gleichstellungsbeauftragten der Partnerstadt Hannover. Die FrauenAnstiftung aus Hamburg legte mit ihrer Anschubfinanzierung die Grundlage für das Leipziger Frauentechnikzentrum.

Doch in der Umbruchsphase schossen nicht nur Fraueninitiativen wie Pilze aus dem Boden. In Zeiten chaotischer sozialer, politischer und wirtschaftlicher Verhältnisse besteht ein erhöhter Bedarf nach Orientierung und Information. So entstand in Leipzig eine vielfältige Frauenpresse: die Informationsblätter der FIL, die Zaunreiterin, die Frauenseite im Wochenblatt „Die Andere Zeitung“, InFemme und EVENTuell. Darin formulierten die Frauen nicht nur ihre politischen Ziele. Die Themenskala reichte von Berichte über die eigenen Alltagserfahrungen, aktuelle Entwicklungen in der Frauenpolitik auf kommunaler und Landesebene, Porträts von Frauenprojekten, Veranstaltungshinweise bis hin zu Buch- und Filmrezensionen und Adressenverzeichnisse.

Auf Initiative der FIL entwickelte sich zu Beginn der 1990er Jahre zwischen den einzelnen Frauengruppen und -initiativen nun auch ein städtisches Binnennetzwerk. Nach der Auflösung des Runden Tisches wurde die Arbeit der dort eingerichteten Frauenkommission im Frauenpolitischen Forum fortgesetzt. Dieses Forum konstituierte sich in Form regelmäßiger Beratungen, an denen Abgeordnete des Stadtparlaments, Vertreterinnen der Parteien und politischen Vereine sowie Gleichstellungsbeauftragte teilnahmen. Verstärkt wurde das städtische Binnennetzwerk 1995 durch die Gründung der AG Frauenprojekte, ein Bündnis von Frauenvereinen, -projekten und -initiativen. Zugleich beteiligten sich Leipzigerinnen an dem Aufbau einer überregionalen Frauennetzes im neu gegründeten Bundesland Sachsen. Hier entwickelte sich zu Beginn der 1990er Jahre eine Art Doppelstruktur. Zum einen gab es eine sächsische Sektion des Unabhängigen Frauenverbandes (UFV). Zum anderen gründete sich am 6. April 1991 das Sächsische Frauenforum (SFF) als Dachverband für Frauenorganisationen und Frauengruppen in Sachsen. Es war das erste seiner Art in den neuen Bundesländern. Neben dem UFV zählten auch die FIL und das Frauentechnikzentrum Leipzig zu den Gründerinnen des SFF.

Die Konsolidierung der lokalen Frauenbewegung wurde seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre durch massiven Abbau von ABM- bzw. Personalstellen und finanziellen Kürzungen erschwert. Exemplarisch hierfür steht die Frauenbibliothek MONALiesA. Aus Protest gegen den „finanziellen Würgegriff“ der Stadt Leipzig schloss die Bibliothek zu Beginn des Jahres 1997 ihre Pforten. Demonstrationen im Rathaus („Lesen statt Putzen“) und deutschlandweite

Solidaritätsbekundungen trugen dazu bei, dass MONAliesA im Mai 1997 ihre Wiedereröffnung feierte. Susanne Scharff, Gründerin und Leiterin der Bibliothek, wurde für ihr Engagement als Bücherfrau des Jahres ausgezeichnet.

Etwa zur gleichen Zeit ging der Kampf um den Erhalt des Henriette-Goldschmidt-Hauses in seine entscheidende Phase. Nachdem das Haus 1991 unter dubiosen Umständen verkauft wurde, beschloss die Stadt 1995 zugunsten einer Straßenerweiterung den Abriss des geschichtsträchtigen Gebäudes. Ein Aktionsbündnis aus verschiedenen Leipziger Frauenvereinen organisierte Protestkundgebungen, Unterschriftensammlungen, Anhörungen im Leipziger Stadtrat und Friedensgebete. Mit prominenten Fürsprechern wie Ignatz Bubis und Birgit Hamm-Brücher konnte das Bündnis sogar überregional mobilisieren. Lokal- und Wochenzeitungen wie Die Zeit berichteten ausführlich. Doch am Ende war die Lobby der Autofahrer im Rathaus größer als die der Frauen. Im Frühjahr 2000 wurde ein zentraler Ort der Frauenbewegung und auch des jüdischen Lebens in Leipzig abgerissen. „*Wir waren so deprimiert und enttäuscht. Andererseits hat es uns auch wieder zusammenschmiedet.*“, erinnert sich Rosalinde Zeitschel von der Louise-Peters-Gesellschaft.

Die Beispiele MONAliesA und das Henriette-Goldschmidt-Haus belegen eindrücklich, das von einem Erlahmen der ostdeutschen Frauenbewegung in Leipzig Ende der 1990er Jahre nicht die Rede sein kann. Trotz der fortdauernden Auseinandersetzungen um Fördermittel und Räume gelang es eine feministische Infrastruktur zu schaffen, mit der Fraueninteressen in lokalen Transformationsprozess vertreten und umgesetzt werden sollten. Zugleich haben die Akteurinnen die Voraussetzungen und auch Ressourcen für andere bzw. spätere Formen sozialen und politischen Protests für Frauenrechte und Geschlechtergerechtigkeit geschaffen.

Kurzbiographie

Jessica Bock, geboren 1983, studierte Mittlere und Neuere Geschichte, Historische Hilfswissenschaften und Onomastik in Leipzig und Kraków. Ihr Studium schloss sie im Jahre 2009 mit einer Arbeit über „Erinnerungskultur und Geschlecht“ ab. Seither arbeite und engagierte sie sich vor allem im feministischen Kultur- und Bildungsbereich und war u. a. an zeitgeschichtlichen Oral-History-Projekten in Deutschland, Polen, Tschechien und der Ukraine beteiligt.

Gliederung

1.) Theoretische und methodische Vorbemerkungen

- 1.1) Einleitung
- 1.2) Fragestellung und Aufbau der Arbeit
- 1.3) Forschungsstand
- 1.4) Quellenlage
- 1.5) Methodik
- 1.6) Begriffsdefinition: Ostdeutsche Frauenbewegung, Feminismus

2) Frauenpolitik und neues Frauenbewusstsein der 1970er und 80er Jahre

2.1) Frauenpolitik in der DDR

2.2) Der Demokratische Frauenbund in Leipzig

2.3) Neues Frauenbewusstsein im Spiegel der DDR-Literatur

3) 1980 – 1989: Informelle Frauengruppen in der DDR in Leipzig

3.1) Die informellen Frauengruppen im Kontext der Opposition und Bürgerrechtsbewegung der 1980er Jahre in Leipzig

- 3.1.1) Das „Frauzentrum“ im Klubhaus „Jörgen Schmidtchen“
- 3.1.2) Frauen für den Frieden
- 3.1.3) Frauengruppe Leipzig-Grünau
- 3.1.4) Lila Lady Club
- 3.1.5) AK Homosexualität
- 3.1.6) Lila Pause

3.2) Akteurinnen

- 3.2.1) Kollektivbiographische Skizze
- 3.2.2) Handlungsmotive

3.3) Diskurs- und Praxisfelder

- 3.3.1) Geschlechterverhältnisse
- 3.3.2) Friedensarbeit
- 3.3.3) Erziehung / Schulwesen
- 3.3.4) Umweltschutz
- 3.3.5) Feministische Theologie

3.4) Bewegungsräume informeller Frauengruppen

- 3.4.1) Evangelische Kirche
- 3.4.2) Privatwohnungen

3.5) Vernetzung der informellen Frauengruppen

- 3.5.1) Persönliche Netzwerke

- 3.5.2) Bezirkssynodalausschuss in Leipzig
- 3.5.3) Arbeitskreis Feministische Theologie Berlin-Ost
- 3.5.4) Kirchen- und Frauenzeitschriften (Lila Band, Frau anders)
- 3.5.3) Die Frauentreffen
- 3.5.5) Die Kirchentage

3.6) Informelle Frauengruppen im Visier des Ministeriums für Staatssicherheit

- 3.6.1) Das „Frauzentrum und der „OV Zirkel“
- 3.6.2) Die Frauen für den Frieden und der „ZOV Wespen“

3.7) Zusammenfassung

4) 1989/90: Friedliche Revolution und Umbruch

4.1) Delegitimierung der SED-Herrschaft und in die Friedliche Revolution von 1989

4.2) Der „Frauenaufbruch“ im Herbst 89: Die Lila Offensive und der Unabhängige Frauenverband

4.3) Alte und neue Akteurinnen: „Die Fraueninitiative Leipzig“

- 4.3.1) Gründung
- 4.3.2) Organisationsstruktur
- 4.3.3) Akteurinnen
- 4.3.4) Themenfelder, Aufgaben
- 4.3.5) Öffentlichkeit

4.4) Die Runden Tische des Bezirks und der Stadt Leipzig

- 4.4.1) Die Frauenkommission
- 4.4.2) Die Minderheitenkommission

4.5) Die Kommunal- und Landtagswahlen 1990

- 4.5.1) Wahlprogramm
- 4.5.2) Kandidatinnen
- 4.5.3) Bündnisse
- 4.5.4) Ergebnisse

4.6) Zusammenfassung

5) 1990 – 2000: Frauenbewegung zwischen Subversion, Raumaneignung und Mainstreaming

5.1) Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Deutschen Einheit für die Frauen in Leipzig

- 5.1.1) Arbeitslosigkeit und beruflicher Neuanfang
- 5.1.2) „Frauen, rein in die Politik!“ - Politische Vertretung von Fraueninteressen

5.2) Der „Frauenaufbruch“ geht weiter

- 5.2.1) „Die Frau gehört ins Rathaus“ - Kommunale Interessensvertretung für Frauen
 - 5.2.1.1) Die Gleichstellungsbeauftragte für Frau und Mann der Stadt Leipzig
 - 5.2.1.2) Die Lesbenbeauftragte der Stadt Leipzig
- 5.2.2) Die Stadt der Frauen - Die Gründung von Frauenprojekten und –vereinen

5.3) Praxis- und Handlungsfelder der Frauenprojekte und Vereine

- 5.3.1) Kultur
- 5.3.2) Gewalt gegen Frauen
- 5.3.3) Bildung und Beruf
- 5.3.4) Literatur
- 5.3.5) Geschichte
- 5.3.6) Weibliche Homosexualität

5.4) Feministische Publizistik

- 4.4.1) Die Frauenseite der „DAZ“
- 4.4.2) Die Zaunreiterin
- 4.4.3) InFemme
- 4.4.4) EVENTuell

5.5) Neustrukturierung: Freundinnen- und Vereinsnetze

- 5.5.1) „Freundin, Verwandte, Kollegin“ - Persönliche Beziehungen als Basis und Ressource für Frauen-/Gleichstellungspolitik
- 5.5.2) Lokales Bewegungsnetz
 - 5.5.2.1) Frauenpolitisches Forum
 - 5.5.2.2) AG Frauenprojekte
- 5.5.3) Überregionales Netzwerk
 - 5.5.3.1) Sächsisches Frauenforum

5.6) Zusammenfassung

6) Schlussbetrachtung und Ausblick

7) Quellen- und Literaturverzeichnis

„Antifaschistische Widerstandskämpfer“ im Ministerium für Staatssicherheit. „Im Kampf bewährte Genossen“ oder Sicherheitsrisiko?

Von Marco Brödel

Der historische Bezug auf den „antifaschistischen Widerstand“ gegen den Nationalsozialismus formte in besonderem Maße das Selbstverständnis des Ministeriums für Staatssicherheit und diente diesem als Quelle der Legitimation. Dies drückte sich nicht nur durch die sogenannte Traditionsarbeit des MfS aus. Auch die Biographien zahlreicher hauptamtlicher Mitarbeiter scheinen diese Kontinuität zu bestätigen. Eine Statistik des MfS von 1987 besagt, dass es in der DDR 5500 „antifaschistische Widerstandskämpfer“ gab, wovon 950, also beinahe ein Sechstel, als hauptamtliche Mitarbeiter für das Ministerium tätig waren. Auf den ersten Blick erscheinen die Widerstandskämpfer besonders prädestiniert für die Arbeit beim MfS: ihre Vergangenheit galt als Zeugnis für die im Kampf erprobte ideologische Festigkeit, Zuverlässigkeit und Loyalität. Dabei stellt sich die Frage nach den Erwartungen des Ministeriums an diese Mitarbeiter, den Motiven, welche eine Verpflichtung begründeten und ob sich diese Personen besonders leicht verpflichten ließen.

Die „Kämpfer gegen den Faschismus“, die die Zuchthäuser und Konzentrationslager des NS überlebt hatten, genossen in der SBZ/DDR von Beginn an großes Prestige und Förderung. Sie personifizierten den von der SED proklamierten Antifaschismus, mit dem sich die DDR aus Sicht der Ost-Berliner Führung grundsätzlich von der Bundesrepublik unterschiede. Doch als nach 1945 die Führungspositionen in Partei und Staat besetzt werden konnten, waren es die aus dem moskauer Exil zurückgekehrten Kommunisten, die die Fäden zogen und die wichtigsten Positionen besetzten. Hinzu kamen bald junge „Nachwuchstalente“, die in sowjetischen Kriegsgefangenenlagern entdeckt und für den Einsatz in Deutschland geschult worden waren. Natürlich rückten auch Kommunisten in wichtige Positionen, die den Nationalsozialismus im Lande überlebt oder im westlichen Exil ausgeharrt hatten. Aber beide Gruppen sahen sich ab 1949 einem paranoiden Misstrauen ausgesetzt, als Moskau seine neuen Satellitenstaaten mit einer Welle von Parteisäuberungen überzog. Aus dem Westen zurückgekehrte Emigranten gerieten in den Verdacht, dort von Geheimdiensten angeworben worden zu sein. Überlebende der KZs und NS-Zuchthäuser mussten sich des Verdachts erwehren, gegenüber dem NS eingeknickt zu sein. Genau in dieser Phase der Säuberungen konstituierte sich das 1950 gegründete MfS.

Das Promotionsprojekt soll nachzeichnen, welche Konsequenzen dieses Spannungsverhältnis für die Personalpolitik des MfS in Bezug auf die Rekrutierung bzw. die Beschäftigung von vormaligen Widerstandskämpfern hatte, die trotz des zeitweiligen Generalverdachts in den 1950er Jahren in signifikanter Zahl für den Geheimdienst arbeiteten. Gab es eine gezielte Rekrutierung von Widerständlern durch die MfS-Führung und falls ja, wie begründete sich diese? Was bewegte die vormaligen Widerstandskämpfer zur Arbeit für das MfS? Welche Bedeutung hatte eine Widerstandsvergangenheit für den weiteren Karriereverlauf im MfS-Apparat, auf den die Untersuchung fokussiert? War sie letztlich Karriere förderlich oder hemmend? Die Untersuchung soll Aufschluss darüber geben, welchen Stellenwert der „antifaschistische Widerstand“ für die DDR-Staatssicherheit tatsächlich hatte – in personeller und ideologischer Hinsicht. Indem nachgezeichnet werden soll, wie vormalig Verfolgte selbst zu „Verfolgern“ werden konnten, sollen ideologische Überzeugungen und deren praktischen Konsequenzen kenntlich gemacht werden – sowohl für die vormaligen „antifaschistischen Widerstandskämpfer“ als auch das MfS im Ganzen.

Ausgangspunkt der Recherchen für dieses Projekt sind die Mitte der 1980er Jahre durch die Hauptabteilung Kader und Schulung des MfS (HA KuSch) gesammelten Karteikarten zu „antifaschistischen Widerstandskämpfern“ in Diensten des MfS. Diese beinhalten nebst Nennung des Dienstgrades und der Abteilung die wichtigsten biographischen Daten, Angaben zur Teilnahme am Widerstand sowie zu Haft und Verfolgung unter Angabe von Quellen. Dabei gibt es einige Biographien, die auf verschiedene Art und Weise aus der Masse hervorstechen – weil sie geradezu idealtypisch erscheinen oder weil die Angaben auf den Karteikarten gewisse Abweichungen von der Mehrheit der erfassten Personen aufweisen. Weshalb wurde beispielsweise einem als „antifaschistischen Widerstandskämpfer“ erfassten Oberst-

leutnant der HA KuSch laut „besonderem Vermerk“ der Status „Verfolgter des Naziregimes“ (VdN) verwehrt, obwohl er laut Karteikarte seit 1928 KPD-Mitglied und an illegalen Flugblattaktionen beteiligt war? Die Kartei umfasst vom Minister für Staatssicherheit bis zu den einfachen Mitarbeitern der Bezirksverwaltungen Personen aller Ebenen und Dienstgrade des Ministeriums. Dies ermöglicht die Betrachtung unterschiedlichster Lebensläufe und damit die Untersuchung eines aussagekräftigen Querschnitts dieses Kollektivs.

Kurzbiographie

Marco Brödel, geb. 1985 in Leipzig, studierte Mittlere und Neuere Geschichte an der Universität Leipzig. In seiner Masterarbeit beschäftigte er sich am Beispiel Leipzigs mit Widerstand und Zwangsarbeit während des Nationalsozialismus im Spiegel der DDR-Geschichtspolitik. Er ist Mitglied im Förderverein der Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig. Seine Dissertation wird von PD Dr. Detlev Brunner am Historischen Seminar der Universität Leipzig betreut.

Vorläufige Gliederung

1. Einleitung

- 1.1 Erkenntnisinteresse und Fragestellungen
- 1.2 Forschungsstand
- 1.3 Quellengrundlage
- 1.4 Begriffsklärungen

2. Das MfS und der „antifaschistische Widerstand“

- 2.1 „Antifaschistischer Widerstand“ in der DDR-Geschichtspolitik
- 2.2 Selbstverständnis des MfS

3. Kaderpolitik des MfS

- 3.1 Personalpolitik der Vorläufer des MfS
- 3.2 Die erste Generation hauptamtlicher Mitarbeiter
- 3.3 Kaderpolitische Entwicklungen bis Mitte der 1970er Jahre

4. Lebenswege der Widerstandskämpfer vor 1950

- 4.1 Vor 1933
- 4.2 Im Nationalsozialismus
- 4.3 In den ersten Nachkriegsjahren

5. Widerstandskämpfer als hauptamtliche Mitarbeiter

- 5.1 Soziales Profil
- 5.2 Die Arbeit für das MfS
 - 5.2.1 In der Zentrale
 - 5.2.2 In den Bezirksverwaltungen
 - 5.2.3 Die HA IX/11
 - 5.2.4 Traditionsarbeit nach dem aktiven Dienst
- 5.3 Konflikte und Disziplinierung
 - 5.3.1 Konflikte innerhalb des MfS
 - 5.3.2 Die Parteikontrollkommissionen

6. Fallstudien

7. Fazit

8. Statistik

Die Beziehungen zwischen der SBZ/DDR und Argentinien. Interaktion internationaler Akteure 1945-1990

Von Víctor Manuel Lafuente

Erste Verbindungen zwischen der SBZ/DDR und Argentinien entstanden unmittelbar nach Kriegsende durch deutschsprachige Exilanten, Spanienkämpfer und Handelsleute. Während einige Exilanten von der DDR misstrauisch beäugt wurden, entwickelten sich andere zu treuen, in beiden Ländern mit dem MfS kooperierenden SED-Mitgliedern. Aus diesem Kreis stammten etwa auch die Mitbegründer der ab 1964 existierenden Ateneo Humboldt, der Freundschaftsgesellschaft der DDR mit Argentinien. Bereits 1954 war zwischen beiden Staaten ein Handelsabkommen abgeschlossen und eine Handelsvertretung (HV) der DDR in Buenos Aires eröffnet worden. Letztere wurde 1962 von der argentinischen Regierung geschlossen. Dies geschah nicht, wie bisher angenommen, aufgrund des Drucks des Westens. Neue argentinische Quellen belegen, dass die Schließung der HV und die Ausweisung deren Personals aus einem Machtkampf zwei Fraktionen des argentinischen Militärs resultierten. Die innenpolitische Situation Argentiniens gestaltete sich für die DDR unübersichtlich. Der dort zu verzeichnende Antiamerikanismus wurde von Ost-Berlin fälschlicherweise als Unterstützung des antiimperialistischen Befreiungskampfes interpretiert. Tatsächlich rührte die anti-amerikanische Einstellung insbesondere des argentinischen Militärs aus dem selbsterklärten Vormachtanspruch in Südamerika, so dass in Buenos Aires die amerikanische und sowjetische Einmischung in die lateinamerikanische Politik gleichermaßen negativ beurteilt wurde. Die Präsenz des MfS in Argentinien, die laut bisheriger Aktenfunde rein wirtschaftlicher Natur war, wurde generell geduldet und nur denunziert, um den Staatsstreich 1962 mit der Verteidigung gegen die kommunistische Gefahr zu rechtfertigen. Erst nach dem Grundlagenvertrag zwischen der BRD und der DDR nahm Argentinien 1973 diplomatische Beziehungen zur DDR auf. Die antikommunistische Grundhaltung der argentinischen Eliten war diesen Beziehungen jedoch nicht zuträglich, so dass sich die bilaterale Zusammenarbeit weiterhin vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet abspielte. Dies galt auch für die Zeit nach dem Militärputsch 1976, der die Beziehung Argentiniens zum Westen erheblich belastete. Die DDR und die Kommunistische Partei Argentiniens (KPA) versuchten durch eine betont gemäßigte Haltung den Abbruch der Beziehungen durch die argentinische Regierung zu vermeiden. Im Widerspruch dazu stand, dass KPA-Mitglieder in der DDR eine militärische Ausbildung erhielten. Intern begründet wurde diese Geheimausbildung nicht etwa mit dem Widerstand gegen die Militärdiktatur, sondern mit dem Ziel, für eine zukünftige Revolution der argentinischen Arbeiterklasse eine Avantgarde heranzubilden - eine äußerst utopische Vorstellung. Erst mit der Wiederherstellung der Demokratie in Argentinien 1983 kam es zu einer umfassenden Entwicklung der Beziehungen. Die hatte dann durchaus paradoxe Auswüchse: Während einerseits die Friedensräte beider Länder für Abrüstung eintraten und die DDR die friedenspolitischen Initiativen Argentiniens im Südatlantik unterstützte, wurden andererseits Dreiecksgeschäfte im Waffenhandel abgewickelt, da Devisenerlöse für beide Länder von großer Bedeutung waren. In der Auseinandersetzung um die Falklandinseln unterstützte die DDR die argentinische Position und zog sogar Waffenlieferungen in Erwägung. Doch die Hoffnung Ost-Berlins, im Gegenzug bei den Verhandlungen um die Fischereirechte im Südatlantik argentinische Unterstützung zu erhalten, sollte sich nicht erfüllen. In den 1980er Jahren war Argentinien zunehmend in Abhängigkeit von Krediten des Westens geraten, der sich die Präsenz kommunistischer Länder im Südpazifik verbat. Und sah der argentinische Geheimdienst diskret weg, als er mitbekam, dass die CIA DDR-Diplomaten in Buenos Aires anwarb. Die Beziehungen zwischen beiden Ländern dürfen nicht nur in den Kategorien des Kalten Krieges und der innerdeutschen Systemauseinandersetzung analysiert werden. Auch wenn sich Argentinien eindeutig zum Westen bekannte, bot der Nord-Süd-Konflikt Buenos Aires Spielräume, um auch im Ostblock Partner für Handel und Politik zu suchen. Für die DDR war Argentinien wirtschaftlich und politisch von Bedeutung, auch um in Südamerika weiter Fuß zu fassen. Es gilt zu untersuchen, inwieweit die DDR in der Lage war, die sich ihr vor Ort bietenden Chancen zu nutzen.

Kurzbiographie

Víctor Manuel Lafuente, geb. 1980 in Buenos Aires, studierte Neuere und Neueste Geschichte, Spanische Philologie, Philosophie und Sozialwissenschaften in Buenos Aires und Berlin. Studiumabschluss mit Magisterarbeit über die Geschichtsschreibung in der DDR und den Spanischen Bürgerkrieg. Seit 2011 Spanischdozent an der Universität Stuttgart. Dissertation betreut von Prof. Dr. H. Meding und Prof. Dr. R. Jessen am Historischen Institut der Universität zu Köln.

Gliederung

I Einführung: Strukturtheorie und soziale Akteure auf internationaler Ebene

II Der Neubeginn der argentinisch-deutschen Beziehungen (1945–1976)

1. Argentinien in der Nachkriegszeit

- 1.A. Die Außenpolitik der Regierung Perón
- 1.B. Von der Dritten Position zu Antikommunismus

2. Antifaschistische deutsche Einwanderung

- 2.A. Gemeinsamer Kampf gegen den Faschismus und spätere Spaltung
- 2.B. Der Kulturbund der DDR und die Beziehungen zu Argentinien

3. Außenhandel

- 3.A. Entstehung und Entwicklung der HV in Argentinien
- 3.B. Handel mit deutschen, unter Perón verstaatlichen Unternehmen
- 3.C. Die Firmen RIMACO und Melati: Handel und Spionage
- 3.D. Von zentralisierter zu liberaler Wirtschaft: Die Schließung der HA

4. Das MfS in Argentinien

- 4.A. Wirtschaftsspionage
- 4.B. Die Auswirkungen des Falles Günter Männel

III Die argentinische Militärdiktatur zwischen Antikommunismus und Realpolitik (1976-1982)

IV Intensivierung und Ende der argentinischen Beziehungen zur DDR (1983-1990)

1. Abrüstungspolitik

- 1. A. Zwei Länder für den Weltfrieden
- 1. B. Wohin mit den Waffen? Die IMES GmbH in Lateinamerika

2. Südatlantikpolitik

- 2.A. Die Falklandfrage

2.B. Fischerei und Spionageverdacht

4. Zusammenarbeit in internationalen Organisationen

4.A. Welt- und Europapolitik

4.B. Lateinamerikapolitik

5. Zusammenarbeit auf Kulturebene

5.A. Künftlerausaustausch und Devisen

5.B. Lektorenaustausch und Beziehungen der Hochschulen

6. Partebeziehungen

6.A. Die KPA und die SED

6.B. Weitere politische Parteien in Argentinien

7. 1989: Zwei Länder in der Krise

7.A. Die Auswirkungen der argentinischen Sozial- und Wirtschaftskrise auf der Beziehung zur DDR

7.B. Die deutsche Einheit aus der Perspektive der KPA und der in Argentinien lebenden deutschen Kommunisten

V Schlussfolgerung

V Schlussbetrachtung

Mobilmachung und Militarisierung

Die Vorbereitung der DDR auf den Verteidigungszustand 1970 – 1990

Von Johannes Mühle

Die Deutsche Demokratische Republik gilt als einer der militarisiertesten Staaten der Welt. Jährliche Truppenparaden, Handgranatenwerfen in der Schule, Wehrlager, obligatorische Zivilverteidigungsübungen und knapp drei Millionen Männer, die die DDR-Streitkräfte Zeit ihrer Existenz durchlaufen hatten, sind die augenscheinlichsten Indizien dafür. Sie sind allerdings nur die Spitze des Eisberges, das Offensichtliche, das zu Tage tritt, wenn eine gesamte Gesellschaft auf einen Krieg vorbereitet wird.

Aus Sicht der DDR und der anderen kommunistischen Regime war diese Vorbereitung eine mehr als notwendige Reaktion auf die Konfrontation der Gesellschaftssysteme. Der kapitalistische Westen strebte aggressiv nach Expansion und stellte mit dem Militärbündnis der NATO die Existenzberechtigung der sozialistischen Staaten in Frage. Es war demnach nicht die Frage ob, sondern wann der Westen angreifen und der Kalte Krieg zu einem heißen würde. Auf keinen Fall wollte sich der Warschauer Pakt von diesem Angriff überraschen lassen. Das war eine Lehre aus den beinahe traumatisch anmutenden Ereignissen des Sommers 1941, als der deutsche Überfall für die sowjetische Führung zu einem wahren Desaster geriet. Die Wiederholung eines so schnellen und tiefen Vorstoßes eines Gegners musste für die Zukunft unbedingt ausgeschlossen werden. Die Folge war die bis in die Mitte der 1980er Jahre gültige sowjetische Militärdoktrin, die auch für die anderen Paktstaaten verbindlich war. Sie sah im Falle eines NATO-Angriffs seine Abwehr direkt hinter der Grenze und den sofortigen Übergang des Warschauer Paktes zur Offensive vor. Die feindlichen Streitkräfte hätten dann auf ihrem Territorium vernichtet und der Durchbruch bis zum Atlantik erzielt werden sollen, um nachfolgend mit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung auch die Quelle des Krieges zu beseitigen. Selbst zu Zeiten des politischen Tauwetters wurde der Ostblock nicht müde, die Gefahr eines westlichen Angriffs zu betonen und propagandistisch auszunutzen. Die eigene militärische Rüstung rechtfertigte sich dabei nicht nur als Antwort auf die angeblichen Kriegsbestrebungen der NATO, sondern war neben den diplomatischen Mitteln die zweite Säule auf dem Weg zur Entspannung und zur Erhaltung des Friedens.

Mobilmachung

Aufgrund des scheinbar unvermeidlichen NATO-Angriffs und der geografischen Lage der DDR an der direkten Frontlinie eines möglichen Krieges in Mitteleuropa war ein schnelles, reibungsloses und effektives Mobilmachungssystem ein ebenso essentieller wie existentieller Bestandteil der Landesverteidigung. Um die NVA auf Kriegsstärke zu bringen, sollten innerhalb weniger Tage bis zu 300.000 Reservisten einberufen sowie mehrere zehntausend Fahrzeuge, Maschinen und Geräte als „Sach- und Dienstleistungen“ aus der Volkswirtschaft abgezogen werden. Die entsprechenden Pläne schlossen zusätzlich Verpflegung, Diesel und Benzin sowie Gebäude und Gelände zur Unterbringung der Truppen mit ein. Hier zeigt sich, dass eine Mobilmachung kein rein militärischer, sondern, wie das DDR-Militärlexikon verdeutlicht, ein „tiefgreifender gesellschaftlicher Prozess“ ist. Dessen Kernstück bildet zwar der Übergang der Streitkräfte auf Kriegsstärke, er umfasst allerdings genauso die Bereiche der Wirtschaft, Verwaltung und Bevölkerung. Der Einbezug ziviler Ressourcen stellt an sich nichts Ungewöhnliches dar und hatte sich in Deutschland bereits 1914 und 1939 gezeigt. Genauso sind „Leistungen“ ein konstanter Begriff, der sich sowohl bei Wehrmacht als auch später bei Bundeswehr und eben NVA wiederfindet. Das Bedrohungsbild für die DDR und ihre begrenzten ökonomischen Kapazitäten sorgten jedoch dafür, dass die Dimensionen der gesamtstaatlichen Mobilmachung bedeutend weitreichender ausfallen würden und sie dementsprechend umfassend vorzubereiten war.

Vorbereitung auf den Verteidigungszustand

Bei einem Truppenbesuch erklärte Erich Honecker 1978, dass es keinen Bereich des „gesellschaftlichen Lebens“ gebe, „der nicht von den Belangen der Landesverteidigung durchdrungen ist.“ Diese Äußerung war mehr als eine hohle Phrase. Mit der Operationsplanung der Vereinten Streitkräfte des Warschauer Vertrages verbanden sich eine Reihe von Anforderungen ihres Oberkommandierenden, die weit über die Aufstellung schlagkräftiger und ständig gefechtsbereiter Streitkräfte hinausgingen. So beinhaltete die personelle Mobilmachung nicht nur die aktiven Soldaten und die Reservisten. Sie erreichte Frauen und Männer beinahe jeder Altersgruppe in allen gesellschaftlichen Bereichen, die einerseits durch Wehrerziehung, Wehrdienst oder Zivilverteidigung militärisch befähigt und andererseits als Arbeitskräfte in paramilitärischen Einheiten, scheinzivilen Verbänden oder in der kriegswichtigen Produktion eingeplant waren.

Auch im materiellen Bereich war es mit den benannten „Sach- und Dienstleistungen“ allein nicht getan. Die noch weitergehenden Anforderungen ergaben sich aus dem angenommenen Kriegsbild und den daraus resultierenden militärischen Planungen. Der Warschauer Pakt verfolgte bis zur Mitte der 1980er Jahre eine Blitzkriegstrategie, die unter der Prämisse von Bewegung und Geschwindigkeit stand und mit dem permanenten Nachschub an Truppen und Reservisten einen auch im Vergleich zum Zweiten Weltkrieg beispiellosen Kraftaufwand voraussetzte, der täglich mehrere hundert Güterzüge gefüllt hätte. Bereits in Friedenszeiten waren Benzin, Diesel, Lebensmittel und Munition für 30 Kampftage vorzuhalten. Vor allem aber auf der Heranführung an die Front lag das Hauptaugenmerk der Strategen. Das Weizenetz der DDR war nicht nur entsprechend der zu erwartenden Belastungen durch Militärtransporte in Ost-West-Richtung auszubauen, es waren zusätzlich zahlreiche Ausweichmöglichkeiten zu schaffen, die den Nachschub auch unter den Bedingungen eines modernen Krieges gewährleisten. Das bedeutet vor allem, dass im Falle der Zerstörung der wichtigsten Flussübergänge und Verkehrsstrassen ausreichende Kapazitäten zur Verfügung standen, diese wiederherzustellen, auf andere Strecken auszuweichen und Knotenpunkte zu umfahren. So entstanden unter militärischen Gesichtspunkten recht leistungsfähige Ost-West-Strecken, wohingegen sich der zivile Verkehr aber hauptsächlich in Nord-Süd-Richtung abspielte.

Das im Ernstfall ausgelastete Streckennetz, die damit ausbleibenden Transporte für die Industrie und der Abzug einer Vielzahl von kaum zu ersetzenden Arbeitskräften durch die Einberufung zu den bewaffneten Kräften machten in der Wirtschaft eine Vorbereitung zwingend erforderlich. Denn trotz dieser Einschränkungen sollte zumindest die „verteidigungswichtige und lebensnotwendige Produktion“ für mindestens 30 Tage weiter laufen können. Dafür waren nicht nur die Umverteilung von Arbeitskräften und die schwerpunktmäßige Umstellung der Volkswirtschaft auf die Bedingungen des Krieges, sondern besonders die Schaffung sogenannter „Berechnungsreserven“ unausweichlich. Darunter fielen nochmals Kraftstoffe, Öl und Kohle, aber auch Metalle und diverse Halb- und Fertigerzeugnisse, die von den Betrieben zu bevorraten waren.

Schließlich hatte auch das DDR-Gesundheitswesen hinsichtlich der zu erwartenden hohen Zahl an Verwundeten Vorkehrungen zu treffen. Ende der 1970er Jahre waren in 180 ostdeutschen Krankenhäusern und daran anzugliedernde Behelfseinrichtungen 148.000 Betten für die NVA und ihre Verbündeten zu reservieren. Dafür mussten die vorgesehenen Krankenhäuser die zusätzlich notwendigen Kapazitäten für die Versorgung von Bevölkerung und Armee schaffen.

Militarisierung

Im Hinblick auf solche Dimensionen muss die Frage nach der Militarisierung der DDR neu gestellt werden. Sie beschränkte sich eben nicht allein auf die offensichtliche Zurschaustellung des Militärischen, wie eingangs ausgeführt, sie reichte viel weiter. Eine nicht unerheblich-

che Zahl scheinbar ziviler Gesellschaftsbereiche hatte in Vorbereitung auf den Verteidigungszustand verdeckt militärische Aufgaben für die Landesverteidigung zu erfüllen, beziehungsweise war hinsichtlich einer Eskalation der Blockkonfrontation militärisch nutzbar zu machen. Das zeigt sich an dem großen Teil zivil-wirtschaftlicher Ressourcen in Form von Fahrzeugen, Maschinen und Produktionsgütern, die mit der Mobilmachung den bewaffneten Kräften in der DDR oder der Verteidigungswirtschaft zur Verfügung gestanden hätten und somit zivil-militärische Doppelfunktionen besaßen.

Die weitreichenden Vorbereitungen auf den Krieg bereits im Frieden wurden getragen durch die Anpassung ziviler an militärische Strukturen, aber auch umgekehrt, so dass das staatliche und wirtschaftliche System der DDR bereits im Frieden die Grundzüge der für den Krieg erforderlichen Verwaltung und Organisation besaß. Zudem waren beim Ministerrat, bei allen Ministerien sowie in wichtigen Kombinat und Betrieben Planungsorgane angesiedelt, die unter anderem mit Offizieren der NVA besetzt waren. Sie organisierten und überwachten die Vorbereitung des ganzen Landes auf einen Krieg mit. Das alles wurde getragen durch eine Fülle von Gesetzen, Ordnungen und Weisungen, die teilweise vorab erlassen wurden oder erst ab Kriegsbeginn geltend in den Aktenschränken bereitlagen.

Mit der Vorbereitung auf den Ernstfall verband sich eine umfassende Kategorisierung des gesamten materiellen und personellen Potentials der DDR, die sich im regen Kontakt zwischen den regionalen und staatlichen Plankommissionen mit den Wehrorganen, der Volkspolizei und der Staatssicherheit widerspiegelte und wie die Militarisierung selbst zur staatlichen Kontrolle und damit zum Machterhalt der SED beitrug. Im Krieg selbst hätte der Nationale Verteidigungsrat, dem der Erste beziehungsweise Generalsekretär der SED vorsah, die Führung der DDR übernommen. Ihm unterstanden die Bezirks- und Kreiseinsatzleitungen unter Führung der Ersten Sekretäre der Bezirks- und Kreisleitungen, was der Partei die Vormachtstellung auch im Verteidigungszustand garantieren sollte.

Die enorme Lagerhaltung für den Krieg und die damit einhergehenden Versorgungsengpässe im zivilen Sektor belasteten Wirtschaft und Gesellschaft enorm. Zudem band die „operative Vorbereitung des Territoriums“ im Frieden weiteres Material und Arbeitskräfte in der Planung, Baudurchführung und Wartung von Umfahrungen der Knotenpunkte und eingelagerter Behelfsbrücken, die nur eingeschränkten bis gar keinen zivilen Nutzen besaßen. So sind die Ursachen des Zusammenbruchs der DDR und ihrer ohnehin schwachen Wirtschaft nicht zuletzt auch hier zu suchen.

Die gesamtstaatliche Mobilmachung und die auf sie abzielenden Maßnahmen und Vorbereitungen in Militär und Gesellschaft sind die Ebenen, anhand derer die Dissertation den Zugriff des Militärischen auf die Gesellschaft analysieren und systematisieren will. Auf dieser Grundlage soll versucht werden, den Militarisierungsgrad der DDR zu vermessen und in einer Gegenüberstellung der militärischen, zivil-militärischen und zivilen Bereiche finanziell und prozentual zu quantifizieren.

Kurzbiographie

Johannes Mühle, 1988 geboren und in Weißwasser aufgewachsen, studierte von 2007 bis 2013 Kultur und Technik an der BTU Cottbus – Senftenberg. Seine Masterarbeit verfasste er zu historischen Hintergründen, Motiven und philosophischen Aspekten des Dienstes bei den DDR-Grenztruppen. 2013 und 2014 erarbeitete er zwei militärhistorische Beiträge im Rahmen des Projekts: Die Niederlausitz und die südliche Lubuskie. Eine Kulturlandschaft im Zentrum Europas.

Gliederung

I. Einleitung

II. Mobilmachung und Militarisierung - Hinführung

1. Das Bedrohungsbild und seine Voraussetzungen
 - 1.1 Ideologie
 - 1.2 Historische Grundlagen und Bedrohungsszenario
 - 1.3 Militärdoktrin
2. Das System der Mobilmachung
 - 2.1 Mobilmachung im historischen Kontext
 - 2.2 Die Entwicklung des Mobilmachungssystems der DDR 1970-1990
 - 2.2.1 Ende der 1960er Jahre
 - 2.2.2 Überarbeitung zu Beginn der 1970er Jahre
 - 2.2.3 Das neue System der Überführung von 1979
 - 2.2.4 Verfeinerung und Doktrinwechsel in den 1980er Jahren
 - 2.2.5 Ausblick 1990
3. Annahmen für den Verteidigungszustand

III. Die Vorbereitung der DDR auf den Verteidigungszustand

1. Die stabsmäßige Vorbereitung und Organisation der DDR-Verwaltung
 - 1.1 Führungssystem der DDR im VZ
 - 1.1.1 Parteiebene
 - 1.1.2 Bereiche der Bevollmächtigten (BV)
 - a) BV für Planung
 - b) BV für Leistungen
 - c) BV für Finanzen/Banken
 - d) BV für Versorgung
 - d) BV für Bildung und Recht
 - 1.2 Hauptverwaltung für Planung beim Vorsitzenden des Ministerrates der DDR
 - 1.3 Hauptabteilungen, Sektoren und Gruppen I
2. Anforderungen an die DDR als Operations-, Kampf- und rückwärtiges Gebiet
 - 2.1 Anforderungen des Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte der Warschauer Vertragsorganisation
 - 2.2 Operative Vorbereitung des Territoriums
3. Zugriff der Militarisierung auf die zivilen Sektoren der DDR

- 3.1 Verkehrs- und Bauwesen
 - 3.1.1 Reichsbahn
 - 3.1.2 Straßenwesen
 - 3.1.3 Interflug
- 3.2 Post- und Fernmeldewesen
- 3.3 Gesundheitswesen
 - 3.3.1 Ministerium für Gesundheitswesen
 - 3.3.2 Deutsches Rotes Kreuz der DDR
- 3.4 Die Zivilen Spezialformationen der Volkswirtschaft
- 3.5 Wirtschaft
- 3.6 Gesellschaft und Bevölkerung
- 4. Zwischenfazit – Die Mobilmachung des gesamtgesellschaftlichen Potenzials für den Krieg

IV. Fallstudie - Bezirk Cottbus

1. Der Bezirk
2. Die Vorbereitung des Bezirks
3. Der Bezirk im Verteidigungszustand

V. Bewertung

1. Vermessen, Systematisierung und Quantifizierung der Militarisierung der DDR
2. Wirtschaftliche und gesellschaftliche Folgen der Militarisierung
3. Missbrauch, Missachtung und Umgehung der Vorbereitungsarbeit

„Mord und Totschlag“ oder „wirkliche Erneuerung“? Persönliche Einsicht in die Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit der ehemaligen DDR als Mittel der Diktaturaufarbeitung

Von Lilith Buddensiek

Mit der friedlichen Revolution und der Wiedervereinigung der deutschen Teilstaaten in den Jahren 1989/90 ging die Frage nach dem Umgang mit der diktatorischen Vergangenheit Ostdeutschlands einher. Zur zentralen geschichtspolitischen Arena entwickelten sich das Ministerium für Staatssicherheit der DDR und dessen umfangreiche Hinterlassenschaften. Die Entscheidung, den Opfern des ehemaligen Geheimdienstes Einsicht in die zu ihrer Person geführten Unterlagen zu gewähren, begründete ein bis dato einmaliges geschichtspolitisches Experiment mit gänzlich ungewissem Ausgang. Mit dem Dissertationsprojekt soll ein Beitrag zur wissenschaftlichen Analyse der persönlichen Unterlageneinsicht und damit zu einem besseren Verständnis der Vereinigungsgesellschaft jenseits „politisch und medial propagierte[r] Meistererzählungen“ (Böick/Siebold) geleistet werden.

Die Brisanz des Themas und die besondere, postrevolutionäre Situation führten in der DDR dazu, dass die Frage der persönlichen Akteneinsicht nicht nur in den dafür zuständigen staatlichen Institutionen, sondern auch in zivilgesellschaftlichen Initiativen (Bürgerkomitees, Runde Tische etc.) verhandelt wurde. Die hier artikulierten Vorstellungen fanden Eingang in die anschließende bundesrepublikanische Gesetzgebungsdebatte und prägten die rechtliche wie praktische Implementierung der persönlichen Unterlageneinsicht. Im ersten Teil des Projektes soll daher der in der DDR geführte Aktendiskurs nachgezeichnet und auf gängige Argumentationsmuster hin untersucht werden: Welche Funktionen wurden der persönlichen Unterlageneinsicht seitens ihrer Befürworter zugeschrieben? Welche Wirkungen fürchteten ihre Gegner? Welche Vorstellungen von „der Akte“ und ihrer Bedeutung lagen den einzelnen Positionen zugrunde? Welche vermochten sich durchzusetzen und zu etablieren?

Im Mittelpunkt des zweiten Projektteils stehen die Verrechtlichung der persönlichen Unterlageneinsicht und deren praktische Umsetzung in der Behörde für Stasi-Unterlagen (BStU). Neben dem Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG) sollen dafür auch die behördeninternen Verfahren der Antragsbearbeitung, der Auf- und Vorbereitung der Akten, der Einsichtnahme, der Decknamenentschlüsselung und -kundgabe sowie der Schulung und Betreuung der Mitarbeiter in den Blick genommen werden: Welche Prämissen lenkten die einzelnen rechtlichen und organisatorischen Entscheidungen? Inwiefern wurden durch ihre Umsetzung und öffentliche Kommunikation Vergangenheitsdeutungen präformiert bzw. vorgegeben? Der wohl wirkmächtigste, in diesem Kontext zu analysierende Beschluss betrifft die Kategorisierung der Antragssteller in Betroffene, Dritte, Mitarbeiter und Begünstigte, wobei erstere mit Blick auf die Zugangsrechte privilegiert werden (StUG § 13 und 16). Aber auch die von Cornelia Vismann als „pastoral“ kritisierte Inszenierung der Akteneinsicht und deren Auswirkung auf die Wahrnehmung und Interpretation der Akteninhalte sollen untersucht werden.

Die Erfahrung der Akteneinsicht und ihre Folgen sind Gegenstand des dritten Teils des Projektes: Inwieweit veränderte die Aktenlektüre die Deutung der Vergangenheit durch die Einsichtnehmer? Welche Schlüsse wurden daraus für die Gegenwart und Zukunft gezogen? Welche Handlungen resultierten aus ihr? Eine erste Sichtung des Quellenmaterials lässt deutlich werden, dass fast alle Einsichtnehmer die Aktenlektüre als in hohem Maße irritierend empfanden: Erinnerungen wurden hinterfragt, die eigene Biographie wurde um- bzw. neugedeutet, politische Haltungen überdacht, das soziale Umfeld neu sortiert. Mit dem Projekt sollen „typische“ Auswirkungen dieser Prozesse ermittelt und in ihren Erscheinungsformen und Ursachen genauer untersucht werden. Dabei gilt es auch nach dem Einfluss des öffentlichen Diskurses und der rechtlichen bzw. institutionellen Implementierung der Akteneinsicht auf die Interpretation der Akteninhalte durch die Einsichtnehmer zu fragen sowie, vice versa, nach der öffentlichen Kommunikation der Einsichtnahmen und deren Wirkung auf kollektive Vergangenheitsdeutungen und -bilder.

Kurzbiografie:

Lilith Buddensiek, 1987 in Hamburg geboren, studierte Geschichte, Germanistik und Anglistik in Münster und Granada (Spanien). Neben dem Studium arbeitete sie als Studentische Hilfskraft am Exzellenzcluster „Religion und Politik“ der Universität Münster. 2014 legte sie ihr Zweites Staatsexamen für das Lehramt an Gymnasien ab. Seit Januar 2015 promoviert sie bei Prof. Dr. Thomas Großbölting zur persönlichen Einsicht in die Stasi-Unterlagen.

VORLÄUFIGE GLIEDERUNG

1. Einleitung
 - 1.1. Problemstellung
 - 1.2. Forschungsstand
 - 1.3. Aufbau und Methodik
2. Die öffentliche Debatte in der ehemaligen DDR
 - 2.1. „Wo ist meine Akte?“ – erste Einsichten und Einsichtsforderungen
 - 2.2. „Mord und Totschlag“ oder „wirkliche Erneuerung“? – Erwartungen an eine persönliche Unterlageneinsicht
3. Die rechtliche und praktische Implementierung der persönlichen Unterlageneinsicht
 - 3.1. Die Gesetzgebungsdebatte in der BRD
 - 3.2. Die Organisation der Akteneinsicht innerhalb der BStU
4. Ein „ganz großer Wurf“? – Auswirkungen der persönlichen Unterlageneinsicht
 - 4.1. Die Folgen für die Einsichtnehmer und ihr soziales Umfeld
 - 4.2. Die Rolle der persönlichen Unterlageneinsicht im deutsch-deutschen Wiedervereinigungsdiskurs
5. Zusammenfassung und Ausblick

Opfer-/Täterdynamiken in Transitional Justice Prozessen

Ehemalige Soldat*innen der Nationalen Volksarmee (NVA) als diskursives Subjekt und Objekt der DDR-Aufarbeitung

Von Philipp Schultheiß

„Fahne einpacken“ – mit diesem Kommando endete der letzte Appell der Nationalen Volksarmee (NVA) am 2. Oktober 1990. Noch in der darauf folgenden Nacht galt es für die Soldat*innen die Uniform zu wechseln. Von nun an lag die Verantwortung für Personal und Material der NVA bei der Bundeswehr. Nachdem zunächst 51.000 Soldat*innen als Soldat auf Zeit übernommen wurden, waren es letztlich nur 10.800 Berufssoldat*innen, die in der Bundeswehr einen neuen Arbeitgeber fanden. Angesichts dieser Zahlen wird klar, dass für viele ehemalige Soldat*innen im Herbst 1990 alltägliche Routinen und Identifikationsmomente radikal wegbrachen. Gleichzeitig gerieten die ehemaligen Angehörigen der NVA in den folgenden Jahren auch in den Fokus des Prozesses der DDR-Aufarbeitung. So kam es im Zuge der Mauerschützenprozesse ab 1991 zur Anklageerhebung gegen ehemalige Angehörige der Grenztruppen der DDR. Während sich die Opfer der Menschenrechtsverletzungen an der Mauer über das oftmals niedrig angesetzte Strafmaß enttäuscht zeigten, sprach die andere Seite von Siegerjustiz. Eine größere öffentliche Debatte entspannte sich. Diese Diskussionen wurden durch die Enquete Kommissionen des Deutschen Bundestages befördert, die auch die Geschichte der NVA zum Thema machten. Die historische Rolle der NVA und ihrer Soldat*innen war also neben den Debatten um das Ministerium für Staatssicherheit ein öffentlich durchaus intensiv diskutiertes Thema der 1990er Jahre.

Hier setzt das Promotionsvorhaben an, indem es fragt, wie die ehemaligen Soldat*innen der NVA in der Öffentlichkeit dargestellt wurden und welche Selbstbilder sie in Reaktion auf diese ihnen öffentlich zugeschriebenen Rollen entwickelten. Für eine Dissertation im Feld der Konfliktforschung bietet sich damit die Gelegenheit erstmalig zu untersuchen, wie in Prozessen des Übergangs von einem diktatorischen Regime hin zu einer friedlichen Gesellschaftsordnung Zuschreibungen bestimmter historischer Rollen vorstattengehen. Bislang fokussieren sich Forschungen in diesem Bereich nämlich meist nur auf die strafrechtliche Verfolgung ehemaliger Tätergruppen oder den Prozess der Wahrheitsfindung nach Jahren des Konflikts und der Unterdrückung.

Will man derartige Aushandlungsprozesse im Bezug auf die Aufarbeitung der SED-Diktatur untersuchen, kommt man nicht umhin, sich mit den Kategorien „Opfer“ und „Täter“ zu beschäftigen. Bedeutung gewannen diese Begriffe durch die Enthüllungen des Ausmaßes der Menschenrechtsverbrechen des Herrschaftsapparates der DDR im Zuge des Aufarbeitungsprozesses. In der Folge diskutierte die Öffentlichkeit intensiv wer nun Täter, wer nun Opfer gewesen war. Für den politisch organisierten Teil ehemaliger Soldat*innen der NVA ist diese Frage klar zu beantworten: Wie die Ergebnisse meiner Masterarbeit zum geschichtspolitischen Handeln zweier Traditionsverbände der NVA zeigen, begreifen sich diese selbst als Opfer: Als Opfer der staatlichen Aufarbeitungsschritte und als Opfer eines als verzerrt wahrgenommenen DDR-Geschichtsbildes. Unter Berücksichtigung der hier zu Tage tretenden Bedeutung von Opferschaft und Täterschaft untersucht die Dissertation auch Fragen wie diese: Wurden auch ehemalige Angehörige der NVA der Tätergruppe zugeordnet, die nicht Teil der Grenztruppen waren? Spielt die Figur des Opfers im Selbstbild aller ehemaliger Soldat*innen eine Rolle oder gibt es hier Unterschiede?

Zur Beantwortung dieser Fragen werden zunächst die öffentlichen Diskussionen um die Rolle der Soldat*innen untersucht. Quellen hierfür sind Zeitungsartikel, politische Grundsatzzpapiere, Spielfilme, Schulbücher und Ausstellungskataloge. Zur Untersuchung der Selbstbilder der ehemaligen Soldat*innen werden Interviews mit Einzelpersonen und in Gruppen durchgeführt. Als besonderer Zugang wird die Analyse des Internetforums nvaforum.de gewählt, auf dem sich zahlreiche ehemalige Soldat*innen austauschen.

Kurzbiographie

Philipp Schultheiß, geboren 1986, studierte Politikwissenschaften und Friedens- und Konfliktforschung in Tübingen, Istanbul und Marburg. Seine 2014 vorgelegte Masterarbeit trug den Titel „Vergangenheit Verhandeln - NVA-Traditionsverbände als geschichtspolitische Akteure des DDR-Aufarbeitungsprozesses“. Seit Herbst 2015 lehrt er an der Universität Marburg zum Prozess der DDR-Aufarbeitung und promoviert bei Prof. Dr. Susanne Buckley-Zistel.

Vorläufige Gliederung der Arbeit

1. Einleitung (5%)

- Hinleitung zum historischen Sachverhalt
- Erläuterung von Fragestellung, wissenschaftlicher Relevanz und Gliederung

2. Empirische Ausgangspunkte (10%)

- Die Nationale Volksarmee – Fall eines Kolosses
 - Militarisierung der Gesellschaft
 - Stellung der NVA und ihrer Soldat*innen im gesellschaftlichen Gefüge der DDR
 - Ende der NVA, Übergang in die Bundeswehr und Schicksal der Soldat*innen
- Der Prozess der Aufarbeitung der DDR
 - Instrumente der Aufarbeitung
 - Erinnerungskulturelle Entwicklung
 - Spannungsfelder im Diskurs um die DDR-Vergangenheit

3. Theoretische Ausgangspunkte (10%)

- Transitional Justice
 - Theorie, Instrumente, Grenzen und Kritik
 - Opferschaft und Täterschaft in TJ-Prozessen
- Symbiose mit Konzepten von Opferschaft und Täterschaft anderer Disziplinen

4. Methodische Ausgangspunkte (10%)

- Forschungsdesign
- Wissenssoziologische Diskursanalyse
- Rahmenbedingungen der empirischen Erhebung und Auswertung der Daten
- Kritische Reflexion von Methode und Durchführung

5. Empirische Ergebnisse: Gesellschaftliche Frames (20%)

6. Empirische Ergebnisse: Selbstdarstellung NVA-Community (20%)

7. Diskussion möglicher Theorieerweiterungen (20%)

- Welche Rückschlüsse sind für die TJ-Forschung relevant und inwiefern ergibt sich die Notwendigkeit einer Weiterentwicklung bestehender Modelle und Theorien?

8. Schlussbetrachtung (5%)

- Fazit mit Ausblick auf wissenschaftliche und gesellschaftspolitische Relevanz und offenen Fragen, die weiterer Forschung bedürfen

Warme Brüder zwischen kalten Kriegern. Schwule Bewegungen und Politiken im geteilten Deutschland 1970-1990

Von Teresa Tammer

„Raus aus den Toiletten, rein in die Straßen!“, lautete der Slogan des Films *Nicht der Homosexuelle ist pervers, sondern die Situation, in der er lebt* aus dem Jahr 1971. Rosa von Praunheims Werk wurde zum Gründungsmythos der neuen westdeutschen Schwulenbewegung, die nach der 1969 erfolgten Entkriminalisierung von sexuellen Handlungen zwischen Männern über 21 Jahren entstanden war. Dutzenden studentischen und zumeist links orientierten Schwulengruppen gab der Film Anfang der 1970er Jahre die politische Richtung vor: Die Schwulen sollten ihr Schwulsein öffentlich machen, aus ihren Verstecken hervorkommen und ihren Platz in der Gesellschaft selbstbewusst einfordern.

Die DDR erreichte der Film, als er 1973 von der ARD ausgestrahlt wurde. Ostdeutsche Schwule machten aus dessen Imperativ eine Frage: „Raus aus den öffentlichen Toiletten! Aber wohin?“. Denn anders als in der Bundesrepublik war im politischen System der DDR für einen bewegten Aufbruch der Selbstorganisation kein Raum. Homosexuelles Leben blieb in der DDR bis in die 1980er Jahre unsichtbar, obwohl gleichgeschlechtliche Handlungen zwischen Erwachsenen hier bereits 1968 entkriminalisiert worden waren.

So kämpften Schwule in der DDR in den 1970er Jahren noch um Begegnungs- und Kommunikationsmöglichkeiten, während sich die westdeutsche Schwulenbewegung bereits ausdifferenzierte und mit ihrer politischen Arbeit in Parteien, Gewerkschaften und andere Institutionen vordrang. Zudem konnten sich die westdeutschen Aktivisten mit ihren Forderungen und bei ihren Aktionen auf den Rechtsstaat berufen. Die ostdeutschen Schwulengruppen mussten dagegen immer damit rechnen, von der Staatssicherheit beobachtet und von den Behörden als „feindliche Kräfte“ wahrgenommen oder sogar verboten zu werden. Es durften keine eigenen Publikationen herausgegeben, kein unabhängiger Verein, Club oder Verband gegründet werden. Viele Themen, wie beispielsweise das Schicksal von Homosexuellen während des Nationalsozialismus, blieben tabu.

In den zwei deutschen Staaten galten in den 1970er und 1980er Jahren folglich ähnliche Strafrechtsbestimmungen für gleichgeschlechtliche Sexualkontakte. Die politischen und gesellschaftlichen Bedingungen für schwules Engagement unterschieden sich jedoch erheblich. Dennoch gab es damals zahlreiche Begegnungen, Transfers und gegenseitige Bezugnahmen, die Handlungsmöglichkeiten und Diskurse auf beiden Seiten beeinflussten und damit über mögliche Gemeinsamkeiten und notwendige Abgrenzungen mitbestimmten. In ihrer Entstehung und Entwicklung weisen die neuen Schwulenbewegungen in der DDR und der Bundesrepublik daher neben Unterschieden und Ähnlichkeiten auch Verflechtungen und Abgrenzungen auf, sodass die Geschichte schwuler Bewegungen und Politiken in Ost und West als eine im doppelten Sinn geteilte Geschichte gelten kann.

Annäherungen und Abgrenzungen zwischen den Schwulenbewegungen in Ost und West in den 1970er Jahren

Hatte sich im Westen Anfang der 1970er Jahre bereits eine ganze Schwulenbewegung formiert, war unter den Bedingungen der DDR-Diktatur in jenem Jahrzehnt nur eine einzige Gruppe entstanden, die Verbesserungen für Homosexuelle in der sozialistischen Gesellschaft forderte. Die Entstehung der Homosexuellen Interessengemeinschaft Berlin (HIB) war aber nicht nur eine parallele Entwicklung zur westdeutschen Bewegung, sondern mit dieser unmittelbar verflochten. Denn Anregungen und Impulse zur Gründung kamen von West-Berliner und bundesdeutschen Schwulenaktivisten, die ab 1972 mit ihren Ideen auch im Ostteil Berlins auf Interesse stießen.

Die HIB orientierte sich anfangs sehr stark an den organisierten Schwulen im Westen. Zugleich betonte sie ab 1976 in Schreiben an die Volkskammer der DDR, an den Ministerrat und andere staatliche Stellen ihre Loyalität gegenüber der SED, ihre Überzeugung vom „Kommunismus“ und ihre Ablehnung des westlichen „Kapitalismus“. Westkontakte und Zustimmung zum sozialistischen System waren für die Ost-Berliner Gruppe zunächst kein Widerspruch. Denn als Schwule, als Deutsche und als Sozialisten fühlten sie sich den Schwulengruppen im Westen verbunden, die zumeist aus linken Studenten und SEW-Genossen (Sozialistische Einheitspartei Westberlin) bestanden. Erst als der staatliche Druck zunahm, grenzte sich die HIB demonstrativ von der westlichen Schwulenzbewegung ab und bekräftigte damit ihr Anliegen, sich im bestehenden System – und nicht in Opposition zu diesem – für die Rechte von Homosexuellen einzusetzen. Die Abgrenzung gegenüber dem Westen ab Mitte der 1970er Jahre war also eine Strategie, um in der DDR überhaupt bestehen zu können. Den westdeutschen Schwulenaktivisten, die Kontakte nach Ost-Berlin pflegten, wurde damit ebenfalls klar, dass sie bei den Sicherheitsbehörden der DDR als „Feinde“ galten.

Die westdeutsche Schwulenzbewegung der 1970er Jahre verortete sich politisch links. Einige Gruppen hielten den Sozialismus sogar für die einzige Gesellschaftsform, in der die „Emanzipation“ von Homosexuellen möglich sei. Mit zunehmenden Kontakten in das sozialistische Nachbarland relativierte sich diese Vorstellung allerdings. Denn westdeutsche Schwulenaktivisten erlebten beispielsweise, dass sie bei der Einreise in die DDR Schwulenzeitschriften und andere Materialien abgeben mussten oder gar nicht erst eingelassen wurden. Diese Erfahrungen und das Wissen über die Lebensbedingungen in der DDR machten deutlich, dass der „reale Sozialismus“ für Homosexuelle weder mehr Rechte noch Freiheiten zu bieten hatte als der „Kapitalismus“. Einigkeit erreichte die westdeutsche Schwulenzbewegung darüber allerdings nicht. Vielmehr stritt sie bis in die 1980er Jahre über die „Schwulenfreundlichkeit“ der DDR und damit auch über verschiedene politische Vorstellungen von schwuler „Emanzipation“.

Asymmetrische Verflechtungen der ost- und westdeutschen Schwulenzbewegungen in den 1980er Jahren

Ostdeutsche schwule „Emanzipationsarbeit“ fand in den 1980er Jahren in der evangelischen Kirche statt und nahm sich westliche Literatur zur Grundlage. Bis 1989 waren in der DDR nur zwei Aufklärungsbücher zum Thema Homosexualität erschienen. Im Westen existierten demgegenüber schon seit Ende der 1970er Jahre ein schwuler Verlag und schwule Buchläden. So lag es nahe, sich politisch-emanzipatorische, soziologische, psychologische, geschichts- und kulturwissenschaftliche Texte von dort zu beschaffen. Überdies wurden in der DDR kommerzielle und alternative Schwulenzeitschriften sowie Info-Hefte verschiedener Initiativen aus der Bundesrepublik und West-Berlin gelesen. Es waren zumeist Besucher aus dem Westen, die diese und andere Publikationen, über die Grenze schmuggelten, denn für Druckmaterialien, die nicht in der „Postzeitungsliste der DDR“ aufgeführt waren – und das waren die Schwulenzeitschriften nicht – galt ein striktes Einfuhrverbot. In der DDR war man demnach nicht nur vertraut mit den einschlägigen Werken zum Thema. Ostdeutsche Schwule erfuhren auch, welche Unterschiede im Umgang mit Homosexualität in den beiden deutschen Staaten herrschten und welche Möglichkeiten der Selbstorganisation, des Engagement und der Freizeitgestaltung im Westen bestanden.

Der beständige Blick nach Westen hatte auch die Folge, dass sich die homosexuellen Arbeitskreise in der DDR bei der Entwicklung von AIDS-Präventionsstrategien an den westlichen Initiativen orientierten. Sie verfügten über deren Aufklärungsbroschüren, hatten persönliche Kontakte und luden Vertreter der Deutschen AIDS-Hilfe e. V. zu Vortragsabenden ein. Während es jedoch bis Oktober 1989 in der DDR nur 16 registrierte AIDS-Fälle gab, waren es in der Bundesrepublik mehr als 4.000. Nicht so sehr die gleichen Erfahrungen wie im Westen veranlassten die DDR-Schwulenzbewegung daher zur AIDS-Aufklärungsarbeit. Sie

war präventiv konzipiert, doch gleichzeitig war sie eine Neuausrichtung von Schwulenpolitik, die in der DDR mit Hilfe von Transfers aus dem Westen zeitlich verzögert, jedoch auf ähnliche Weise vollzogen werden konnte.

Für bundesdeutsche oder West-Berliner Schwulenaktivisten war es keine Selbstverständlichkeit und keine Notwendigkeit, Ostkontakte zu pflegen. Dennoch interessierten sich einzelne Personen aus jeweils spezifischen Gründen für die DDR. Einer von ihnen war Manfred Herzer, der heute von sich sagt: „Ost-Berlin war immer mein Hauptinteresse“. Bereits in den 1970er Jahren pflegte er Freundschaften mit einzelnen Mitgliedern der HIB und unterstützte diese mit Informationen und Materialien. In den 1980er Jahren korrespondierte er mit sämtlichen führenden Köpfen der DDR-Schwulenbewegung, brachte Bücher und Zeitschriften über die Grenze, hielt Vorträge in Ost-Berlin und schrieb Beiträge über die Homosexuellen in der DDR.

Insgesamt nahm das westliche Interesse an den Homosexuellen in der DDR in den 1980er Jahren zu. Dies hing u. a. damit zusammen, dass nun auch DDR-Medien Homosexualität thematisierten und die ostdeutsche Schwulenbewegung unter dem Dach evangelischer Gemeinden weiter wuchs. Westliche bewegungsnahe Magazine und Info-Hefte sowie kommerzielle Schwulenzeitschriften berichteten ausführlich über die neuesten Entwicklungen in der DDR. Auch der Diskurs hatte sich seit Ende der 1970er Jahre verändert. Es wurde nicht mehr analysiert, wie weit die Verwirklichung des Sozialismus in der DDR fortgeschritten sei. Vielmehr widmeten sich die Beiträge zunehmend den konkreten Lebensbedingungen und Alltagserfahrungen, wobei von einem kulturellen, wissenschaftlichen und demokratischen „Rückstand“ des Ostens ausgegangen wurde. Als die DDR 1988 mit der Abschaffung des § 151 StGB Homo- und Heterosexualität strafrechtlich gleichstellte, wandelte sich das Bild erneut. Die Schwulenzeitschriften bescheinigen der DDR nun, „fortschrittlicher“ als die Bundesrepublik zu sein, womit vor allem die Kritik am bundesdeutschen Strafrecht bekräftigt werden konnte.

Die Asymmetrie der Verflechtungen zwischen ost- und westdeutschen Schwulengruppen lag in der Ungleichheit von Ost- bzw. Westkontakten. Kurz gesagt: Die Ostdeutschen hatten Bedarf an Literatur und anderen Zuwendungen aus dem Westen. Außerdem erhielten sie Ideen und Anregungen für die eigene Arbeit und wollten an den Entwicklungen einer größeren transnationalen Homosexuellenbewegung teilhaben. Einzelne westdeutsche Schwulenaktivisten betrachteten es dagegen als ein Teil ihre Engagements, die Schwulengruppen in der DDR materiell zu unterstützen und über deren Aktivitäten und Herausforderungen zu berichten. Die Situation von Homosexuellen in der DDR und die diesbezüglichen politischen Veränderungen dienten dabei auch als Mittel der Kritik an den Verhältnissen in der Bundesrepublik.

Schwule Geschichtsschreibung und Erinnerung im geteilten Deutschland

Ein wichtiger Teil schwuler Politiken und Bewegungen war in den 1980er Jahren sowohl in der DDR als auch in der Bundesrepublik das Gedenken an die homosexuellen Opfer des Nationalsozialismus. Es verband die Schwulengruppen in Ost und West miteinander, da hier zum einen die gemeinsame deutsche Vergangenheit hervorgehoben und zum anderen eine gemeinsame Identifikation mit den Opfern vollzogen wurde. 1972 waren es die Frankfurter Aktivisten der Gruppe RotZSchwul, die bei einer Demonstration zum ersten Mal Rosa Winkel als Anstecker trugen, um an die Verfolgung von Homosexuellen durch die Nationalsozialisten zu erinnern, aber auch um die Schwulen in der Bundesrepublik in die Tradition der Opfer zu stellen. In der DDR tauchte das Symbol des Rosa Winkels in den 1980er Jahren auf und sollte hier ebenfalls vor dem „täglichen Faschismus“ warnen sowie die Identifikation mit den Opfern fördern. Schwule aus Ost und West trafen sich zudem bei Kranzniederlegungen in den „Nationalen Mahn- und Gedenkstätten“ der DDR und gedachten gemeinsam der vom NS Verfolgten homosexuellen Männer.

Der Großteil historischer Arbeiten zum Thema Homosexualität erschien allerdings in der Bundesrepublik. In der DDR wurden diese Bücher und Beiträge rezipiert und sie dienten als Grundlage für eigene Texte. Diese richteten sich wiederum an das homosexuelle Publikum in der DDR und fanden darüber hinaus nur wenig Beachtung. Da es nicht möglich war, in den Medien der DDR über diese Themen zu publizieren, versuchten einige Autoren, ihre Texte in westdeutschen Zeitschriften unterzubringen, wie etwa der Psychologe und Historiker Günter Grau. Über die Geschichte Homosexueller im Nationalsozialismus tauschte er sich mit Manfred Herzer in West-Berlin aus, schickte diesem seine Manuskripte und kommentierte dessen Arbeiten. An den grenzübergreifenden wissenschaftlichen Debatten beteiligten sich DDR-Autoren allerdings nur vereinzelt. Sie verstanden sich vielmehr als Vermittler der westlichen schwulen Geschichtsschreibung in die DDR.

Durch das gemeinsame Gedenken und den Transfer von historischem Wissen hatte sich unabhängig von der jeweiligen staatlichen Erinnerungspolitik beider Länder eine grenzübergreifende schwule Erinnerung an die Verbrechen der Nationalsozialisten entwickelt. Diese war eng mit den Interessen der Schwulenbewegungen verbunden und fungierte im Osten wie im Westen als Instrument schwuler Politik.

Trotz unterschiedlicher Ausgangsbedingungen entwickelten sich in der DDR und der Bundesrepublik seit Anfang der 1970er Jahre Schwulenbewegungen, die aufgrund von Transfers ähnlich über homosexuelle „Emanzipation“, AIDS-Prävention und schwule Geschichte diskutierten. Durch die Trennung und dennoch mögliche Kommunikation ergaben sich zudem besondere Handlungsspielräume für die Aktivist:innen in beiden Ländern. Dies zeigen etwa die Verweise auf das „fortschrittlichere“ Sexualstrafrecht in der DDR ab 1988 mit dem Ziel der Kritik an dem in der Bundesrepublik noch bestehenden § 175 StGB. Die Teilung Deutschlands war daher zwar vor allem ein bestimmender Faktor bei der Entstehung und Entwicklung der ostdeutschen Schwulenbewegung. Doch auch die westdeutsche hatte ein spezifisches Interesse am Osten und versuchte die Systemkonkurrenz für sich zu nutzen.

Kurzbiografie:

Teresa Tammer wurde 1985 in Dresden geboren und studierte Geschichte und Philosophie in Berlin und Warschau. Während des Studiums arbeitete sie in der Gedenkstätte Bautzen und in der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. 2013 legte Teresa ihre Masterarbeit über die Ost-Berliner Schwulenbewegung an der Humboldt-Universität vor. Seit 2014 arbeitet sie an ihrer Promotion über schwule Bewegungen und Politiken im geteilten Deutschland, die von Prof. Dr. Michael Schwartz (Westfälische Wilhelms-Universität Münster) betreut wird.

Aktuelle Gliederung

I. Einleitung

- 1.1 Thema und Fragestellung
- 1.2 Forschungsstand
- 1.3. Quellen, Methoden und Vorgehensweise

II. Homosexualität in Deutschland – historischer Kontext

- 2.1 Paragraph 175 StGB, Homosexuellenbewegungen und nationalsozialistische Verfolgung 1871-1945
- 2.2 Getrennt parallele Entwicklungen – Homosexualitätsdiskurse und Strafrechtsreformen im geteilten Deutschland 1945-1990

III. Aufbruch der Schwulenbewegungen – Annäherungen zwischen Ost und West 1971-1980

- 3.1 Die bundesdeutsche Schwulenbewegung, der Sozialismus und die DDR
- 3.2 Die erste DDR-Schwulengruppe, der Sozialismus und der Westen

IV. Alles nur Westimport? – Homosexuelle Gruppen und Arbeitskreise in der DDR 1982-1989

- 4.1. Schwule „Emanzipation“ zwischen Westliteratur und evangelischer Kirche
- 4.2 AIDS-„Selbsthilfe“ ohne AIDS, aber mit Hilfe aus dem Westen

V. Kein Interesse am Osten? – Aktivisten und Medien in der Bundesrepublik 1980-1989

- 5.1 DDR-Experten und schwules Engagement für den Osten
- 5.2 „Fort- und Rückschritts“-Diskurse über Homosexualität und die DDR

VI. Schwule Geschichtsschreibung und Erinnerung im geteilten Deutschland 1970-1990

- 6.1 Rosa Winkel, Kranzniederlegungen und Magnus Hirschfeld – deutsch-deutsche schwule Erinnerung?
- 6.2 Gemeinsame Geschichte – geteilte Geschichtsschreibung?

VII. Abschied der DDR-Schwulenbewegung und Aufbruch gesamtdeutscher Schwulenpolitik 1989/90

VIII. Fazit

Von der "sozialistischen Persönlichkeit" zum "unternehmerischen Selbst"? Eine Wissensgeschichte des Ratgebens vor und nach dem Mauerfall.

Von Felix Paetzel

„Guten Tag meine Damen und Herren und herzlich Willkommen zur unserer neuen Sendereihe ‚Marktwirtschaft Konkret‘, die wir heute und an den folgenden neun Sonntagen, jeweils um 11 Uhr hier im Ersten Programm des deutschen Fernsehfunks ausstrahlen werden. Seit einer Woche ist sie nun in Kraft, die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion mit der Bundesrepublik. Für uns Alle, meine Damen und Herren, ist das ein Neubeginn. Ein Neubeginn mit Hoffnungen und Erwartungen, aber auch ein Neubeginn mit Ungewissheiten, Besorgnissen und vielen offenen Fragen. Von nun an wird die Marktwirtschaft unsere Lebensqualität, unser Leben überhaupt, sehr wesentlich bestimmen. Um in ihr zurecht zu kommen, möglichst erfolgreich zurecht zu kommen, bedarf es aber nicht nur des persönlichen Willens, es gehören dazu ebenso auch Kenntnisse und Fähigkeiten. Und das soll auch das Anliegen unserer Sendereihe sein. Wir wollen Sie alle, die Sie uns zuschauen, mit den Grundbegriffen der Marktwirtschaft etwas vertrauter machen und vor allem jenen eine Starthilfe geben, die nun selbst einen Betrieb gründen und sich als Unternehmer versuchen wollen.“
Anmoderation der ersten Folge Marktwirtschaft Konkret vom 08.07.1990

Im Jahr 1990 war der Begriff des Neubeginns zum Allgemeinplatz geworden. Die alte bipolare Weltordnung änderte sich radikal und die Lebenswelten der Menschen innerhalb des Eisernen Vorhanges wurde von einem gewaltigen Bruch durchzogen. Alte Lebensplanungen, mühevoll erworbene Fähigkeiten und berufliche Qualifikationen standen von heute auf morgen auf dem Prüfstand. Das Hoffen auf eine bessere Welt und auf ein besseres Leben war eng mit der Frage verknüpft, wie sich das eigene Selbst in der neuen Gesellschaft behaupten wird. Menschen unterschiedlichen Alters, unterschiedlicher sozialer Herkunft und Stellung hatten dabei ganz verschiedene Fragen an sich selbst und die neue Ordnung, die jedoch alle gleich in ihrer individuellen Dringlichkeit waren. Berufstätige fragten sich etwa, ob der erlernte Beruf weiter ausgeführt werden kann? Was muss eventuell neu gelernt werden? Was wird die erbrachte Lebensleistung wert sein? Schüler dagegen sahen sich mit ganz neuen Bildungswegen, Ausbildungs- und Studienangeboten konfrontiert. Derweil musste sich die alte Elite mit der Unsicherheit potentieller strafrechtlicher Verfolgung auseinandersetzen. Entscheidungen waren zu treffen. Und für solche Entscheidungen brauchte es Orientierung, Wissen und ganz grundlegender Informationen über die neue soziale und wirtschaftliche Ordnung. Die neuen Spielregeln des sozialen Umgangs mussten erlernt und verstanden werden. Wer die neuen Normen und Werte schnell verinnerlichte, hatte größere Aussichten auf beruflichen Erfolg und damit auch auf persönliche Zufriedenheit. Solche Bemühungen zu unterstützen und erfolgreicher zu gestalten sind Kernversprechen, die jedem Ratgeber eigen sind.

Dies kommt auch in der Anmoderation des Ratgebermagazins der ersten Folge von „Marktwirtschaft Konkret“ zum Ausdruck. Vor dem Hintergrund des Systemwechsels und des allgemeinen Neuanfangs wird die Diagnose gestellt, dass jeder Mensch sich seiner Fähigkeiten und Kenntnisse bewusst werden und diese mit den Anforderungen der Marktwirtschaft abgleichen muss. Dabei begreift sich die Sendung als Dienstleister, der den interessierten Zuschauern die neu zu erlangenden Kompetenzen vermittelt. Zugleich wird der Bevölkerung en passant bereits der erste konkrete Vorschlag zur neuen Lebensgestaltung vermittelt: die Chance zur unternehmerischen Selbstständigkeit zu ergreifen. Hierfür werden in den zehn Folgen Begriffe, Rechtsfragen, Prozesse und Risiken erläutert, Erfolgsstrategien an konkreten Beispielen aus der Praxis vorgestellt und damit dem Zuschauer ein Idealtyp der erfolgreichen Unternehmerpersönlichkeit vermittelt, die rational abwägend und mit Mut zum Risiko das Heft des Handelns in die Hand nimmt.

Ratgeber als historischer Forschungsgegenstand

Ratgeber sind eine ergiebige Quelle für kulturgeschichtliche Fragestellungen, da es fast zu jeder sozialen Praktik eine eigene Ratgebersparte gibt: Sie geben Auskunft über Vorstellungen und Praktiken von Erziehung, der Geschlechter- und Körperbilder oder der sinnvollen Freizeitgestaltung in einer Gesellschaft. In Ratgebern werden konkretes Erfahrungswissen und/oder wissenschaftliche Erkenntnisse weitergeben und darauf aufbauend Handlungsempfehlungen vermittelt. Hieran werden die gesellschaftlichen Vorstellungen über Erfolg, Glück sowie Unterscheidungen von Richtig und Falsch ablesbar. Ratgebern verhandeln „Was-, Wie- und Warum-Fragen“ und bieten Ratsuchenden entsprechende Antworten an. Eine sozial- und geisteswissenschaftliche Auseinandersetzung mit Ratgebern bietet also einen unmittelbaren Einblick in verschiedene Wissensdomänen und die daraus abgeleiteten handlungspraktischen Konsequenzen.

Ratgeber sind aber mehr als nur ein Spiegelbild zeitgenössischer gesellschaftlicher Diskurse. Das Genre trägt mit dazu bei, die jeweils gültige soziale Ordnung auszugestalten, in dem es das sich beständig wandelnde Regelwerk ausformuliert (und dabei mitgestaltet). Das einzelne Individuum wird durch familiäre Erziehung und den Sozialisationsinstanzen wie Schule und Betrieb dazu befähigt, sich in der vorherrschenden gesellschaftlichen Ordnung zurechtzufinden, um eigene Lebensentscheidungen treffen zu können. Ratgeber können dabei helfen, die Individuen auf die notwendigen Entscheidungen in ihrem Leben vorzubereiten, indem sie die verschiedenen Handlungsmöglichkeiten aufzeigen und damit Orientierung geben bei der Berufs- und Partnerwahl oder der richtigen Erziehung der Kinder. Sie helfen also dabei, dass sich Individuen zu Persönlichkeiten entwickeln. Ihr Handeln und Streben wird dadurch sinnvoll in die soziale Ordnung integriert, womit die Stabilität und Funktionsfähigkeit der Gesellschaft gesichert wird. Ratgeber erlauben also den Individuen durch Weitergabe von Fähigkeiten und Kenntnissen neue Möglichkeiten auszuleben, definieren aber auch die Grenzen legitimen und erwünschten Handelns. In diesem Spannungsfeld von Freiheit und Zwang findet der Wandel gesellschaftlicher Ordnung statt. Dies wird im Dissertationsprojekt am Themenfeld der Arbeit für Ostdeutschland vor und nach dem Mauerfall untersucht.

Von der „Sozialistischen Persönlichkeit“ zum „Unternehmerischen Selbst“?

Wenn aktuelle Gesellschaftsdiagnosen die Welt als unübersichtlich, komplex und ambivalent beschreiben, steht dies in einem krassen Gegensatz zu jener Situation, die die ostdeutsche Bevölkerung vor 1989 in der DDR vorgefunden hat. Ihre Welt war durch eine zwar prekäre aber berechenbare Weltordnung geprägt, Freund und Feind waren klar erkennbar. Die heute viel diagnostizierte Orientierungslosigkeit gab es nicht. Der Sozialismus war das beherrschende Integrationsangebot an die Bevölkerung. Die Möglichkeiten des Verweigerns wurden unterdrückt und waren für den Einzelnen sogar existenzgefährdend. Den Integrationswilligen, den potentiellen „Sozialistischen Persönlichkeiten“, wurde mit dem Marxismus-Leninismus ein bis ins kleinste Detail vordefiniertes Programm an die Hand gegeben. Hierfür hat die DDR eine riesige Menge an Literatur produziert. In abgedruckten Reden der SED-Parteitage oder in den philosophischen Auseinandersetzungen von weltanschaulichen Fragen wurde die soziale Ordnung beschrieben, legitimiert und die Entfaltungsmöglichkeiten für jede Person aufgezeigt. Diese Literatur mit Orientierungswissen war in der DDR geprägt durch Appellation und zu Floskeln neigenden Wiederholungen, womit der Raum des Selbstverständlichen festgelegt werden sollte. Beispielhaft sei eine kurze Stelle aus dem Vorwort einer paradigmatischen Schrift über die Bilanz und Ziele der SED mit dem typischen Titel „Alles für das Wohl und Glück des Volkes“ zitiert:

„Gewißheit und 'normaler Alltag' ist auch, daß in unserem Lande Freiheit, Demokratie, Mitregieren nicht nur Verfassungsgrundsatz, sondern auch Wirklichkeit sind. Jeder hat alle Chancen für seine Entwicklung. Diese Partei hat stets um die Verwirklichung echter Freiheit, Demokratie und Menschenwürde gerungen, weil die DDR ohne diese Werte nicht das werden konnte, was sie heute ist – das Werk von Millionen, die mit höchstem Einsatz und all ihrer Kraft an der weiteren Zukunft wirken.“

Die Allgegenwärtigkeit solcher Aussagen über die offizielle Beschreibung des „normalen Alltags“ mag im Einzelnen belächelt, ignoriert oder mit Abscheu begegnet werden. Die Wirkmächtigkeit ist aber ohne Zweifel gegeben, da auch alternative Denk- und Lebensweisen sich nur in Bezug zu dieser dominanten Form der Beschreibung der alltäglichen Wirklichkeit verstehen lassen.

Dabei hatte sich in der DDR das Feld der Arbeit als das dominante Feld für den Gestaltungsanspruch der SED-Herrschaft von Anfang an herausgebildet. In der Auseinandersetzung mit dem Klassengegner entstanden zahlreiche ideologische Schriften. So arbeitete beispielsweise die Reihe „ABC des Marxismus-Leninismus“, die als kleine Heftchen mit bunten und kecken Covern Titel wie „Vertrauen in die eigene Kraft“, „Demokratie vor und hinter dem Werktor“ oder „Leben, um zu arbeiten, oder arbeiten, um zu leben?“ vom Dietz-Verlag herausgebracht wurden, das Verhältnis von Arbeit, Gesellschaft und werktätigen Individuum auf, beschrieb die Errungenschaften des Sozialismus auf dem Feld der Wirtschaft und begründete ideologisch die Rechte und Pflichten der Werktätigen. So bewegten sich dann auch Ratgeber über die Berufswahl in diesem vorgesteckten Rahmen, der auf die gesellschaftliche Anforderung eines „dynamischen Leistungszuwachs der Volkswirtschaft“ mit der Betonung auf die Verantwortung der *richtigen* Berufswahl für das Individuum antwortete.

Der „sozialistische Leiter“ hatte sich dabei zur Idealform der „sozialistischen Persönlichkeit“ entickelt, die nicht nur ideologisch geschult war, sondern auch als Integrationsfigur die Werte des Sozialismus internalisiert hatte. Dem „Leiter“ war die Verantwortung übertragen, dass die historische Bestimmung der Arbeiterklasse erfolgreich sein wird. Und dies bedeutete, alles Nötige zu tun, damit der aktuelle Plan er- bzw. übererfüllt wird. Dabei kam ihm eine Schaltfunktion zwischen Theorie und Praxis zu, in dem er die von Politik und Wissenschaft identifizierten Wege der angestrebten Produktionssteigerung wie Intensivierung, Automatisierung, Förderung des Schöpferturns und die Bewältigung des wissenschaftlich-technischen Fortschrittes in die Betriebe trug. Hierfür hatte vor allem der „Verlag die Wirtschaft“ eine Vielzahl an Hand- und Trainingsbücher herausgegeben, welche nicht nur volkswirtschaftliches Wissen, sondern ganz spezifische Führungskompetenzen wie Motivationstechniken und Redekompetenzen vermittelte.

Mit der Friedlichen Revolution und der Wirtschafts- Währungs- und Sozialunion wurde nicht nur der Herrschaftsapparat der DDR abgewählt, sondern auch das auf Planwirtschaft beruhende Wirtschaftssystem mit der sozialen Marktwirtschaft ersetzt. Das Ideal der „sozialistischen Persönlichkeit“ und das des „sozialistischen Leiters“ wurde abgelöst durch einen marktkonformen Persönlichkeitstypus. Das neue Leitbild des „unternehmerischen Selbst“ beschreibt dabei das Ideal, dass jede Person, die in dem verschärften wirtschaftlichen Wettbewerb bestehen möchte, stetig an sich selbst arbeiten muss. Arbeitskräfte sollen sich weiterbilden, neue Fähigkeiten erlernen, gesund leben, entscheidungsfreudig, mobil und jederzeit einsatzfähig sein. Arbeitslosigkeit aber auch gesundheitliche Probleme werden in den Verantwortungsbereich des Individuums verschoben. Bezeichnenderweise unterschieden sich die Kompetenzen, die das „unternehmerische Selbst“ haben sollte, um im kapitalistischen Wettbewerb zu bestehen, nicht wesentlich von den Anforderungen an den „sozialistischen Leiter“. Beiden wird Mut zum Risiko, die Fähigkeit des rationalen Entscheidens sowie ein vergleichbares Repertoire an „Softskills“ für die Mitarbeitermotivation abverlangt. Was sich jedoch radikal unterscheidet ist der ideologische Rahmen, in dem das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft bestimmt wird. Das Erlernen von Fähigkeiten und Kompetenzen und die Erfüllung des Wirtschaftsplanes beruhte auf einem gesellschaftlichen Zwang, den Notwendigkeiten eines von Marxismus und Leninismus identifizierten Geschichtsverlaufs zu genügen. Im „Spiel der freien Kräfte“ der Marktwirtschaft ist das Individuum nun zwar befreit vom Zwang historischer Notwendigkeiten, aber es wird verpflichtet sich nun stärker um sich selbst zu sorgen. Entsprechend sind Selbstführung, Selbstmotivation und autogenes Training Themen von Erfolgs- und Berufsrategebern im kapitalistischen Westen, zu dem ab 1990 auch Ostdeutschland zählt. So ist es auch nicht verwunderlich, dass ein Leitfadens für Unternehmensgründer in der DDR mit einem Test anfängt unter der Überschrift „Prüfe dich selbst“ und Fragen an den Leser stellt wie:

„Sind Sie gesund und körperlich fit und können Sie sich so für eine Sache engagieren, daß Sie regelmäßig und über längere Zeiträume deutlich länger als 10 Stunden am Tag arbeiten können?“

Oder:

„Sind Sie risikofreudig und steht für Sie Selbstverantwortung im Leben vor Sicherheit? Gilt für Sie die Devise: „Nur wer wagt, der gewinnt?“¹

Wer solche und ähnliche Fragen mit „eher ja“ beantwortete, dem wurden die persönlichen Voraussetzungen für unternehmerischen Erfolg zugeschrieben. Berufliche Sicherheit und Freizeit wird aufgewogen mit dem Versprechen auf Selbstbestimmung, Selbstverwirklichung und Freiheit von betrieblichen Zwängen. Die neue Freiheit ist nur zu haben für den Preis hohen Eigenengagements, Selbstdisziplin und den impliziten Zwang, ständig an sich arbeiten zu müssen. Die Analyse von Ratgebern zeigt, dass sich nach 1989 der Adressat der Ratgeber weg von der Vorstellung eines gemeinsamen Kollektivinteresses hin zu einem Individuum verschob, welches nun Erfolg und Misserfolg des eigenen Lebens selbst in der Hand hielt. Das Ziel der Ratgeber ist nicht mehr die kollektive Sicherstellung des Wachstums der „materiellen Basis“, sondern die Optimierung des Selbst, damit dieses im Wettbewerb mit anderen bestehen kann. Dabei kam für die Ostdeutschen erschwerend hinzu, dass das Arbeitsbild im Westen selbst im Wandel begriffen war. Das Bild des sozialdemokratischen und gewerkschaftsnahen Arbeiters mit sicheren Arbeitsplatz, mit dem das alte ostdeutsche Arbeitsbild doch viele Anknüpfungspunkte hatte, wurde spätestens ab den 1980er Jahren durch das Leitbild des „unternehmerischen Selbst“ in die Defensive gedrängt. Für die Ostdeutschen konnte der Sprung von der rigiden Planwirtschaft zur Flexibilisierung des Selbst kaum größer sein.

Kurzbiografie

Felix Paetzel, 1984 in Leipzig geboren, studierte Politikwissenschaft, Ethnologie und Zeitgeschichte in Halle. Während des Studiums war er studentische Hilfskraft beim SFB 586 „Differenz und Integration“. Von 2013 bis Anfang 2015 arbeitete er als persönlicher Referent der Sprecherin der Rektorenkonferenz der Kunsthochschulen, Frau Prof. Dr. Ana Dimke. Seine Dissertation wird von Prof. Dr. Patrick Wagner an der Martin-Luther Universität in Halle betreut.

¹ Dorothee Böttges/ Gerhard Papendorf (1990): Selbstständig in die Marktwirtschaft. Ein Leitfadens für Unternehmensgründer in der DDR, Economica Verlag, S. 2.

Vorläufige Gliederung

I. Theoretische und Methodische Vorüberlegungen

1. Einleitung
 - 1.1. Von der sozialistischen Planwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft- Forschungsstand
 - 1.2. Fragestellung
 - 1.3. Aufbau der Arbeit

2. Eine erste Annäherung – Problem und Lösung als Gegenstände moderner Ordnung
 - 2.1 Das Ordnungsproblem der Moderne
 - 2.1.1 Problem: Ambivalenz und Kontingenz
 - 2.1.2 Lösung: Integration, Exklusion und die Konstruktion des Normalen
 - 2.2 Problematisierung von Ordnung und ihren Selbstverständlichkeiten
 - 2.2.1 Problem: Problematisierungen des Selbstverständlichen
 - 2.2.2 Lösung: Hegemonien und Deutungshoheit
 - 2.3 „Normale“ Probleme und Lebensaufgaben innerhalb einer sozialen Ordnung
 - 2.3.1 Problem: Lebensaufgaben und Lebenskrisen
 - 2.3.2 Lösung: Wissen, Kompetenz und Sinn
 - 2.4 Zwischenfazit: Ansätze einer Wissensgeschichte modernen Problemlösens

3. Ratgeber- und Orientierungswissen als Untersuchungsgegenstand
 - 3.1. Das Wissen der Ratgeber
 - 3.1.1. Ratgeber zwischen Theorie und Praxis
 - 3.1.2. Epistemologische Überzeugungen von Ratgebern
 - 3.2. Die Macht der Ratgeber
 - 3.2.1. Legitimität und Autorität des Ratgebers
 - 3.2.2. Ratgeber zwischen Fremd- und Selbstführung
 - 3.3. Subjekt und Ratgeber
 - 3.3.1. Subjektivierung
 - 3.3.2. Anrufungen durch Ratgeber
 - 3.4. Arbeit und Wirtschaft als Themenfelder massenmedial vermittelten Rats
 - 3.4.1. Über die Vermittlung der Notwendigkeit von Arbeit für ein glückliches Leben
 - 3.4.2. Hilfe bei der Berufswahl
 - 3.4.3. Erfolgreich(er)es Arbeiten – Rationalisierung und Effizienz
 - 3.4.4. Die Kunst der Führung in der Managementliteratur

II. Historische Fallanalyse

4. Die Arbeit im sozialistischen Diskursfeld
 - 4.1. Unsicherheiten und Gewissheiten der sozialistischen Planwirtschaft
 - 4.2. Arbeit und Wissen im Sozialismus
 - 4.2.1. Arbeit als ideologischer Mittelpunkt
 - 4.2.2. Wissenschaft und Arbeit
 - 4.2.2.1. Arbeitswissenschaft
 - 4.2.2.2. Arbeitspsychologie
 - 4.2.2.3. Leitungswissenschaft

5. Arbeit im Spiegel von DDR-Ratgebern
 - 5.1. Der Ratgebermarkt in der DDR
 - 5.1.1. Die Rolle der Verlage
 - 5.1.2. Ratgeber im DDR-Fernsehen
 - 5.2. Erziehung zur Arbeit in der Schule
 - 5.3. Berufsratgeber
 - 5.4. Ratgeber und Handbücher für den sozialistischen Betrieb
 - 5.4.1. Den technischen Fortschritt bewältigen
 - 5.4.2. Schöpferium fördern
 - 5.4.3. Mut zum Risiko
 - 5.4.4. Erfolgreich leiten
 - 5.5. Zwischenfazit: Die Anrufung zur „sozialistischen Persönlichkeit“

6. Die Soziale Marktwirtschaft in der Bundesrepublik
 - 6.1. Unsicherheiten und Gewissheiten der Sozialen Marktwirtschaft
 - 6.2. Das Arbeitsideal des kapitalistischen Westens
 - 6.3. Wie die DDR-Bevölkerung die Marktwirtschaft sehen sollte
 - 6.4. Alternative Sichtweisen auf die Marktwirtschaft

7. Die Friedliche Revolution und die Transformation der ostdeutschen Wirtschaft aus der Perspektive des massenmedial vermittelten Rates
 - 7.1. Fragmentalisierung des Ratgebermarktes
 - 7.1.1. Die Abwicklung des DDR-Fernsehens und die kurze Geschichte des DFFs
 - 7.1.2. Der Ratgeberliteraturmarkt im Umbruch
 - 7.2. Ratgeber- und Orientierungswissen in Zeiten des Umbruchs
 - 7.2.1. „Was ist Soziale Marktwirtschaft?“
 - 7.2.2. Neue Berufe, neue Chancen?
 - 7.2.3. „Arbeitslos, was tun?“
 - 7.3. Zwischenfazit

8. Zwischen Stabilität und Wandel – Arbeit in Ostdeutschland nach der Friedlichen Revolution
 - 8.1. Ostdeutschland als neoliberales Experimentierfeld?
 - 8.2. Das unternehmerische Selbst in der Managementratgeberliteratur

III. Fazit

Kampf um die Köpfe - Das Amt für gesamtdeutsche Studentenfragen und die hochschulpolitische Kultur des Kalten Krieges im geteilten Berlin 1948 – 1963

Von Tilman Wickert

Im Jahr 1958, auf dem Höhepunkt der zweiten Berlin-Krise, erschien eine Broschüre der Studentenkommission des FDJ-Zentralrates, die sich gegen eine studentische Organisation in Westberlin richtete: Dieser Organisation wurde vorgeworfen, einen „Krieg gegen Hörsäle, ... gegen Wissenschaftler und Studenten der DDR“ zu führen. Sie sei eine jener „Agentenorganisationen..., die die Atmosphäre in der Frontstadt Westberlin vergiften“ und die deshalb „keinen Platz in einer Freien Stadt Westberlin haben werde“. Ziel der Attacke war das Amt für gesamtdeutsche Studentenfragen (AGSF). Eine studentische Organisation, die 1949 aus dem ASTA der Freien Universität Berlin (FU) hervorgegangen war, sich 1951 von ihm unabhängig machte und im Auftrag des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS), die Deutschlandpolitik der westdeutschen und Westberliner Studierendenschaft gestaltete.

Gelegen inmitten der Fakultätslandschaft von Berlin-Dahlem war das AGSF ein fester Bestandteil des hochschulpolitischen Umfelds der Freien Universität. Die leitenden Mitarbeiter des „Amtes“ waren fast ausnahmslos FU-Studenten. Deren Biografien waren typisch für die ersten Studentengenerationen an der Freien Universität: Geboren und aufgewachsen in Berlin oder auf dem Gebiet der späteren SBZ/DDR, waren sie in ihrem jungen Erwachsenenleben unmittelbar von der Politik der sowjetischen Besatzungsmacht betroffen. Viele AGSF-Mitarbeiter hatten ihr Studium in der SBZ bzw. DDR begonnen und dort als politisch engagierte Studenten die politische Gleichschaltung der Studentenschaften durch das SED-Regime erlebt. Nachdem 1948 die Freie Universität im amerikanischen Sektor der ehemaligen Reichshauptstadt gegründet worden war, hatten sie die Möglichkeit genutzt, dort ihr Studium jenseits marxistisch-leninistischer Indoktrination fortzusetzen. Einige AGSF-Mitarbeiter, wie z.B. der langjährige Geschäftsführer Dietrich Spangenberg oder Horst Rögner-Francke, hatten selbst zum Kreis der FU-Gründer gezählt. Ihrem hochschulpolitischen Engagement blieben die AGSF-Mitarbeiter auch in der neuen Westberliner Heimat treu: Dietrich Spangenberg, seines Zeichens Sozialdemokrat, war 1950 bis 1951 erster ASTA-Vorsitzender der FU, wohingegen AGSF-Vize Carl Heinz Evers ebenso wie seine enge Mitarbeiterin Liselotte Berger der CDU angehörten. Dass die parteipolitische Heterogenität des AGSF-Führungszirkels die deutschlandpolitische Arbeit im Laufe der 1950er Jahre nicht beeinträchtigte, spiegelt den parteiübergreifenden „Konsens des Kalten Krieges“ wider, der die politische Kultur der Frontstadt Westberlin prägte. Darüberhinaus schaffte der gemeinsame Erfahrungshintergrund eine Verbundenheit, zu der, neben den Repressions- und Widerstandserfahrungen in der SBZ, auch der Zweite Weltkrieg gehörte: In den 1920er Jahren geboren, waren die meisten AGSF-Mitarbeiter Soldaten oder Flakhelfer gewesen. Der bereits erwähnte Dietrich Spangenberg war als Wehrmachtssoldat aufgrund seiner Sympathien für die Attentäter des 20. Julis in ein Strafbataillon versetzt worden. Lebensläufe wie diese machten die AGSF-Mitarbeiter zu Angehörigen jener „skeptischen Generation“ im Sinne Helmut Schelskys, die ein spezifisches antitotalitäres Denkmuster prägte, das sich auch auf die AGSF-Politik auswirken sollte.

Das AGSF wurde mit dem Ziel gegründet, für die über 100.000 im VDS organisierten Studenten die Verbindungen zu den Kommilitonen in der DDR auf „wissenschaftlicher und kultureller“ Grundlage aufrechtzuerhalten. Darüberhinaus sollten auch notleidende und von Repressionen bedrohte Studenten unterstützt werden. All das sollte unter Umgehung der offiziellen FDJ-Studentenvertretungen geschehen, die seit den „Seeshaupter Beschlüssen“ vom Juni 1949 nicht vom VDS anerkannt wurden. Um möglichst nah an den Kommilitonen in der SBZ zu sein und als Bekenntnis zur deutschen Hauptstadt Berlin, sollte das Amt als „Brückenkopf“ in die DDR seinen Sitz in Westberlin haben. Außerdem wurde das AGSF zur politischen Neutralität in verbandsinternen Belangen verpflichtet.

Im September 1949 nahm das AGSF seine Arbeit auf. Zunächst stand die Beratung und Betreuung von Flüchtlingsstudenten im Vordergrund der Arbeit. Täglich suchten Studenten aus der DDR das AGSF auf, die eine Übersiedlung nach Westberlin oder in die Bundesrepublik planten oder von Repressionen betroffen waren und Beistand suchten. Häufig wurden studentische Flüchtlinge vorstellig, die die DDR auf schnellstem Wege hatten verlassen müssen und ohne Zeugnisse und Leistungsnachweise in das Westberliner/westdeutsche Hochschulwesen und die Gesellschaft eingegliedert werden mussten.

Durch die Beratungsgespräche gelangte das AGSF an detaillierte Informationen über die politischen Bedingungen an den einzelnen DDR-Hochschulstandorten. Das AGSF sammelte dabei Daten über politische Einstellungen und fachliche Qualifikation von tausenden Professoren, Dozenten und Studentenvertretern und fasste diese in einer Personenkartei zusammen. Diese Kartei sollte sich später als Türöffner zur staatlichen Flüchtlingspolitik erweisen, in die das AGSF bei der Überprüfung von akademischen Flüchtlingen eingebunden wurde.

Bis 1951 arbeitete das AGSF in der Prüfungskommission mit, in der neben Vertretern des Magistrates von Groß-Berlin auch die *Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit* über die Vergabe des Status „politischer Flüchtling“ mitentschied. Allein im ersten Halbjahr 1950 durchliefen über 500 Flüchtlingsstudenten die Kommission, von denen ca. 400 direkt in die Freie Universität eingegliedert wurden und damit den Ruf der FU als Flüchtlingsuniversität verfestigten. Ab 1953 war das AGSF als offiziell anerkannte Gutachterstelle im Lager Berlin-Marienfelde für die Notaufnahmeverfahren tätig. Im Selbstverständnis des AGSF diente diese Arbeit auch zur Abwehr kommunistischer Infiltrationsversuche.

Der massive Andrang auf die Beratungsstelle - allein bis Ende 1954 hatten rund 40.000 Studenten diese aufgesucht - ließ die Menge an Informationen über die Zustände an den DDR-Universitäten beständig anwachsen. Das Material wurde bald zur Grundlage für die Bildungs- und Aufklärungsarbeit, mit der das AGSF seinen Beitrag dazu leistete, die bundesdeutsche Gesellschaft gegen den Kommunismus zu „immunisieren“ und die Studenten für die Deutsche Frage zu sensibilisieren. Ab August 1950 publizierte das AGSF die Zeitschrift „Hochschul-Informationen“, die ihre Leser in sachlich-unpolemischer Weise über die Entwicklungen im DDR-Hochschulwesen aufklärte. Wenig später erschien regelmäßig auch eine englischsprachige Ausgabe. Über das Ausmaß der Repressionen an DDR-Universitäten berichteten AGSF-Mitarbeiter in Gastbeiträgen in Studentenzeitungen und mit Hilfe von Denkschriften und Memoranden. Bestandteil der Aufklärungsarbeit waren auch die Vortragsreisen des AGSF-Personals an bundesdeutsche Universitäten. Diese wurden in enger Absprache mit dem Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen (BMG) vorbereitet und sollten den westdeutschen Studenten und Professoren die Möglichkeit geben, einen „Blick hinter den eisernen Vorhang“ zu werfen. Ab Mitte der 1950er Jahre weitete das AGSF seine politische Bildungsarbeit aus und informierte bei regelmäßig stattfindenden „Berlin-Seminaren“ über die „geistig-ideologischen Grundlagen“ des SED-Staates und des DDR-Hochschulwesens. Jenseits der öffentlichen Wahrnehmung arbeitete das AGSF für die Bundesregierung an Konzeptionen für die Umgestaltung und sogenannte „Ent-SEDfizierung“ der DDR-Universitäten im Falle einer Wiedervereinigung.

Die Arbeit des AGSF reichte bis in die DDR hinein, indem finanzielle Hilfen an bedürftige oder politisch bedrängte Studenten und Lehrende vergeben wurden. Ein Kurier-Netzwerk, das zeitweilig rund 100 Personen umfasste, schmuggelte darüberhinaus Bücher, Zeitschriften und Lehrmaterialien in die DDR, die aufgrund der Zensur nicht zugänglich waren. Geld für diese Tätigkeiten bezog das AGSF über die „Solidaritätssammlungen“ in der Westberliner und westdeutschen Studierendenschaft. Über die Verwendung der Mittel wachte ab 1953 ein Kuratorium bestehend aus Professoren und Studentenvertretern der beiden Westberliner Universitäten, dem 1. VDS-Vorsitzenden und dem AGSF-Geschäftsführer.

Keine zwei Jahre nach seiner Gründung besaß das AGSF eine eigene Dienstvilla, ein Dienstfahrzeug sowie einen abhörsicheren Telefonanschluss. Diese gehobene Ausstattung war für eine studentische Einrichtung in diesen Jahren im Notstandsgebiet Westberlin unüblich. Wer finanzierte dem AGSF diese Ausstattung?

1951 berief das BMG das AGSF in seine Dienste und unterstützte es finanziell großzügig. Von da an beliefen sich die Unterstützungsgelder des BMG auf bis zu 100.000DM jährlich – vergleichbar viel mit dem, was die Ostbüros der politischen Parteien vom Bund bezogen. Das zeigt den Stellenwert der AGSF-Arbeit für das BMG auf. Die Mitarbeiterzahl des AGSF stieg bis 1953 von anfänglich drei auf neunzehn. Mit behördenartigem Prestige ausgestattet, wurde das AGSF nun Teil des sogenannten „Apparats des Kalten Krieges“, der die politische Kultur in der jungen Bundesrepublik entscheidend mitgestalten sollte.

Ab 1952 stieg eine US-amerikanische „Stiftung zur Förderung eines vereinten und demokratischen Deutschland in einem geeinten Europa“ in die Finanzierung des AGSF mit ein. Die Stiftung war eine CIA-Tarnorganisation, die die amerikanische Containment- und Liberation-Policy unterstützen sollte. Die Zuwendungen beliefen sich auf knapp 30.000DM jährlich und machten zeitweise ein Drittel des Gesamtbudgets aus. Die Finanzierung lief am Verband Deutscher Studentenschaften, in dessen Auftrag das AGSF nach wie vor tätig war, weitgehend vorbei, da die US-Stiftung Teilen des VDS eine Nähe zum Kommunismus unterstellte und misstraute. Wahrscheinlich auf Druck des BMG und der Bundesregierung zog sich die US-Stiftung Ende 1955 aus der Finanzierung zurück. Das setzte das AGSF finanziell erheblich unter Druck, bis das BMG die Lücke mit weiteren Zuwendungen schloss.

Freilich registrierte auch die Gegenseite das AGSF und seine Aktivitäten, wenngleich erstaunlich spät: Noch Anfang 1953 sprach AGSF-Geschäftsführer Spangenberg stolz davon, dass das AGSF in den vier Jahren seines Bestehens noch nie im Zusammenhang der ostdeutschen Berichterstattung über die „Agentenzentralen“ in Westberlin genannt worden sei. Auch habe es keine Verurteilungen von Studenten gegeben, denen eine Zusammenarbeit mit dem AGSF vorgeworfen wurde. Die MfS-Unterlagen belegen dies: Ende 1953 räumte das Staatssekretariat für Staatssicherheit in einem internen Schreiben ein, dass bisher „nur wenig Material“ über diese „Agentenzentrale“ vorliege. Das sollte sich in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre schlagartig ändern: in den Jahren 1954 bis 1956 wurden erstmals mutmaßliche „Agenten“ des AGSF verhaftet und verurteilt. Ihnen wurde die Weitergabe von Informationen an das Amt und „Geheimnisverrat“ vorgeworfen. Wahrscheinlich in diesem Zusammenhang leitete die *Hauptabteilung Aufklärung* die operative Bearbeitung des AGSF ein.

Parallel dazu wurde das AGSF Ziel der FDJ-Propaganda: Was 1955 mit einigen kurzen Berichten in FDJ-Zeitungen begann, weitete sich im Rahmen der zweiten Berlin-Krise 1958/59 zu einer umfangreich inszenierten Medienkampagne gegen das Studentenamt aus. Nicht mehr nur auf FDJ-Organen beschränkt, sondern auch in DDR-Tageszeitungen, häuften sich die Berichterstattungen über die studentische „Agentenzentrale“ in der Frontstadt Westberlin. Den Höhepunkt bildete die eingangs erwähnte Broschüre über das AGSF, in der nicht nur dessen Arbeit verfälscht beschrieben, sondern auch die Identität der Mitarbeiter mit Fotos, Anschriften und Telefonnummern offen gelegt wurden. Diese Broschüre war Bestandteil einer massiven Einschüchterungskampagne und wurde in großer Stückzahl in beiden Teilen Deutschlands an Medien, hochschulpolitische und behördliche Einrichtungen versendet.

Die Ostberliner Kampagnen begannen zu einem Zeitpunkt, als die goldenen Jahre des Amtes vorbei waren und ein schleichender Niedergang eingesetzt hatte. Für diese Entwicklung lassen sich drei Ursachen benennen: Erstens schwand der Rückhalt des AGSF in der Studierendenschaft. Infolge der Vernetzung des AGSF mit Akteuren außerhalb der hochschulpolitischen Szene häuften sich Unmutsäußerungen über den elitären Politikstil und den herablassenden Verhandlungston des „Amtes“ gegenüber anderen Studentenorganisationen und Studentenvertretungen. In der Tat spielte das AGSF seine Verbindungen „nach Oben“ in Konflikten mit anderen studentischen Akteuren oft als Trumpfkarte aus. Auch innerhalb des VDS war der Ärger über die zunehmende Eigenständigkeit des eigentlich als VDS-Abteilung gegründeten AGSF gewachsen. Der Verlust der Flüchtlingsbetreuung des AGSF an das VDS-Sozialreferat war die Folge der schwindenden Popularität des AGSF in der Studierendenschaft. Zweitens begann der „Konsens des Kalten Krieges“ in der Studierendenschaft der Bundesrepublik und Westberlins zu bröckeln, als die FDJ ihre Westarbeit 1953/54 strategisch umstellte und auf Kooperation und Dialog mit der westdeutschen Jugend setzte. Die politischen Studentenorganisationen an der FU etwa bekamen seitdem vermehrt Ge-

sprächsangebote vom „Aktionskomitee für gesamtdeutsche Fragen“ der Humboldt-Universität über Fragen der Wiederbewaffnung und der Wiedervereinigung. Diese Initiativen lösten kontroverse Debatten über den Sinn der 1949 gefassten Seeshaupter Beschlüsse aus, die eine Zusammenarbeit mit der FDJ kategorisch ausschlossen. Das AGSF beharrte darauf, keine offiziellen Kontakte mit den FDJ-Studentenvertretern aufzunehmen und isolierte sich damit von großen Teilen der bundesdeutschen Studierendenschaft. Drittens führte die Abhängigkeit vom BMG dazu, dass das AGSF – ähnlich wie andere Organisationen im BMG-Umfeld - auf die neue BMG-Linie eines weniger kämpferischen Antikommunismus eingeschworen wurde. 1963 schließlich wurde das AGSF aus dem VDS heraus und in den Verein „Zentralstelle für Gesamtdeutsche Hochschulfragen“ überführt und konzentrierte sich dort im Auftrag des BMG auf Gutachter- und Monitoring-Tätigkeiten.

Kurzbiografie:

Tilman Wickert, geboren 1982 in Hamburg, studierte Geschichte und Politikwissenschaften an der Universität Potsdam. 2012 schloss er das Studium mit einer Arbeit über die Auswirkungen des Stadt/Land-Konflikts auf die politische Kultur der spätwilhelminischen Gesellschaft ab. Seit August 2013 promoviert er am Lehrstuhl für Zeitgeschichte an der Universität Rostock über die Berliner Hochschulpolitik im Kalten Krieg zwischen 1945 und 1961.

Aktualisierte Gliederung

Einleitung

I. Kapitel: 1948- 1949. Frontstadtstudenten - Die Spaltung der Berliner Hochschullandschaft und die Gründung des „Referates Ost“

1. Die Gründung der Freien Universität Berlin
2. Gründung des „Referates Ost“ in Seeshaupt im Juni 1949
3. Ziele und politisches Selbstverständnis
4. Handelnde Personen
5. Ausgangsbedingungen im September 1949

II. Kapitel: 1949 – 1951. Erste Schritte - Das „Referat Ost“ und der studentische Widerstand gegen das SED-Regime

1. Flüchtlingsberatung und Flüchtlingsbetreuung
2. Abwehrarbeit gegen die „kommunistische Infiltration“
3. „Monitoring“ der Repressionen im DDR-Hochschulwesen
4. Analyse und Bewertung des DDR-Hochschulwesens
5. Aufklärungsarbeit zur „Geistigen Immunisierung gegen den Kommunismus“
6. Aktivitäten auf DDR-Territorium

III. Kapitel: Schlüsseljahr 1951 - Strategische „Bundesrepublikanisierung“ des studentischen Widerstandes in Berlin

1. Die V-Aktion des AGSF
2. Die Weltfestspiele der Jugend und Studenten
3. Beginn der Kooperation mit dem Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen (BMG)
4. Umbenennung des „Referates Ost“ in „AGSF“
5. Anbindung der Freien Universität an das bundesdeutsche Hochschulwesen

IV. Kapitel: 1952 – 1954. Im Netzwerk des Kalten Krieges

1. Die „Foundation“ – Das AGSF als Objekt amerikanischer Liberation-Policy-Konzepte
2. Bundesnotaufnahmeverfahren - Das AGSF als Gutachterstelle im Notaufnahmelager Berlin-Marienfelde
3. Verbindungen zu anderen Widerstandsorganisationen
4. „F-Planungen für den Tag X“ - Planungen des AGSF für die Wiedervereinigung des deutschen Hochschulwesens für das BMG.

V. Kapitel: 1954 – 1956. Wendejahre - Studentische Organisation oder staatliche Dienststelle?

1. Konflikte um die Deutschlandpolitik mit den Studentenschaften
2. Ende der Flüchtlingsbetreuung durch das AGSF
3. Rückzug der US-amerikanischen „Foundation“ aus der Unterstützung
4. Zunehmende Abhängigkeit des AGSF vom BMG
5. „Berlin-Seminare“ - Intensivierung der politischen Bildungsarbeit

IV. Kapitel: 1957 – 1961. Rückschläge und Gegenschläge - Die letzten Jahre des „Amtes“

1. Umbenennung in „Gesamtdeutsches Referat für Schüler und Studenten“
2. Im Visier des Ministeriums für Staatssicherheit
3. Die zweite Berlin-Krise und die Medienkampagne der FDJ gegen das AGSF
4. Der Bau der Mauer 1961
5. Die Übernahme des AGSF in die Zentralstelle für gesamtdeutsche Hochschulfragen e.V.

Fazit

